

Französischer Protest gegen Christenmorde.

Paris, 21. November.
Der Temps meldet, daß infolge der verschiedenen Christenmorde in der Elizei Ministerpräsident Poincaré den ließigen französischen Poststaatsrat davon verständigt habe, daß Frankreich in seiner Eigenschaft als Protektor der Christen im Orient sich gewungen sehe, die ottomanische Regierung für alle Ausschreitungen haftbar zu machen. Die französische Regierung müsse daran bestehen, daß sofortige Anstruktionen an die Städte ergehen, die geeignet sind, jedem Massaker vorzubeugen. Zu gleicher Zeit ist der französische Geschäftsträger in Konstantinopel, Bompard, beauftragt worden, dieselbe Erklärung dem Großwesir Kiamil zu machen.

Petroleummonopol und Großkapital.

Die Herren Agrarier verstehen es bestimmt famos, die Gesetzgebung in Reich und Staat für sich in Bewegung zu setzen. Es ist kein Wunder, daß sie daher auch einen scharfen Blick dafür haben, wenn andere das gleiche tun wollen und daß sie besonders dazu befähigt sind, dichten auf die Finger zu jehen. Vor allem sind sie ängstlich darum besorgt, zu verlieren, daß das Großkapital einen zu breiten Platz an der Staatskrippe bekommt. So bringt die agrarische Deutsche Tageszeitung einen Artikel, der sich, wie man annehmen muß, mit großer Gründlichkeit mit dem Entwurf des Petroleummonopolgesetzes beschäftigt und darauf hinweist, ein wie außerordentlich gutes Geschäft das Großkapital macht, wenn der Regierungsentwurf angenommen wird. Wir entnehmen diesem Artikel folgendes:

Der Grundgedanke für die Gewinnverteilung ist, daß die Gewinne desto höher sein dürfen, je niedriger die Preise sind, je mehr aber die Preise steigen, desto weniger Gewinn dem Reich und der Betriebsgesellschaft zufallen darf. Es wird zu diesem Zweck eine Preisbasis geschaffen, derart, daß der Verkaufspreis für ein Liter Beuchöl im Jahre durchschnittlich 20 Pf. ab Tonfasslage nicht überschreiten soll. Ist dies der Fall, so entfällt laut Gesetz der Anteil des Reiches ganz und vertilgt sich der zulässige Verdienst der Betriebsgesellschaft. Bleibt der Verkaufspreis unter der vorläufig angenommenen Grenze von 20 Pf., so erhöht sich der zulässige Verdienst der Betriebsgesellschaft, und das Reich nimmt mit $\frac{1}{4}$ an dem Gewinne teil. Die Gewinnberechnung erfolgt nun in folgender Weise: Von dem Verkaufspreis gehen die sämtlichen Umsätze, Zinsen und Steuern sowie die Abschreibungen bis zur Höhe von 12 Prozent ab; aus dem dann verbleibenden Nettoeinkommen müssen zunächst 10 Prozent dem Reservefonds zugeschüttet werden, bis dieser 50 Prozent des Grundkapitals beträgt. § 4, Ziffer 3. Der Rest wird zwischen Reich ($\frac{1}{4}$) und Gesellschaft ($\frac{3}{4}$) geteilt, jedoch nur bis zu einer Höchstgrenze, der darüber hinaus verbleibende Gewinn fließt in den Preisausgleichsfonds.

Stellt sich, um an einem Beispiel die Sache zu erläutern, der Bringenmehr auf 30 Millionen Mark, der Durchschnittspreis pro Liter auf 18 Pf., so würde sich folgende Gewinnverteilung ergeben:

1. 10 Prozent an den Reservefonds	3 000 000 Pf.
2. für die Gesellschaft wurde bereitgelegt 3,4 Mill.	3,4 Mill.
3. für das Reich	22,6 Mill.
	27,0 Mill.
Es dürfen infolge der Gewinnbegrenzung aber nur bezogen:	
2. Gewinn der Gesellschaft	4 681 572 Pf.
Gewinn des Reiches	18 726 110 Pf.
	23 407 687 Pf.
so daß also	8 692 365 Pf.
in den Ausgleichsfond fließen	

Mit diesem Ausgleichsfonds hat es aber eine eigene Bewandtnis. Es heißt darüber in dem Gesetz § 4, Ziffer 5:

Einnahmen, die über den nach der Bestimmung der Ziffer 4 dem Reich und der Betriebsgesellschaft aufzuhenden Verdienst hinaus eingehen, fließen in einen Preisausgleichsfonds, der nur zur Heraufsetzung der Preise und nur dann angegriffen werden darf, wenn der Durchschnittspreis die in Ziffer 4 bezeichnete Grenze übersteigen würde. Sobald der Preisausgleichsfonds die Höhe von 20 Millionen Mark erreicht hat, müssen etwaige Mehreinnahmen in jedem Falle zur Heraufsetzung der Preise verboten werden.

Nach dieser Ausführung könnte man versucht sein, anzunehmen, daß dieser Preisausgleichsfonds „nur“ zur Verabsiedlung der Preise angegriffen werden darf. Es kommt aber noch ein Abfall, der wie folgt lautet:

Der Reichskommissar kann auf Antrag der Betriebsgesellschaften, daß diesejenigen Summen, die erforderlich sind, um eine Vergütung von 5 v. H. des Grundkapitals zu erreichen, dem Preisausgleichsfonds entnommen werden; hat der Fonds 10 Millionen Mark erreicht, so bedarf es der Zustimmung des Reichskommissars nicht.

Tatsächlich handelt es sich also bei diesem Fonds in erster Linie nicht um einen Preisausgleichsfonds, sondern um einen Fonds zur Sicherung der Mindestverzinsung des Grundkapitals mit 5 Prozent. Denn sobald er 10 Millionen erreicht hat, bedarf es der Zustimmung des Reichskommissars zur Entnahme der für die Dividendengarantie erforderlichen Summe überhaupt nicht. Weshalb man diesen Fonds daher Preisausgleichsfonds nennt, ist gänzlich unverständlich, da er weiter nichts darstellt als einen Dividendenreservesfonds.

In dem Entwurf heißt es, daß die Aktiengesellschaft Interesse an höheren Preisen hätte, denn sie erhalten dann weniger Gewinn. Allerdings erhalten sie weniger Dividende ausgezahlt, aber der Gewinn für die Aktiengesellschaft bleibt der selbe, denn der Überschuss wandert ja in den Preisausgleichsfonds, er geht den Aktionären also nicht verloren, sondern er sichert ihnen nur die Unabhängigkeit vom Reichskommissar bei der Gewinnverteilung von mindestens 5 Prozent.

Infolge gesetzlicher Bestimmung kann der Reservefonds also 50 Prozent erreichen, das sind 30 Millionen Mark, der Preisausgleichsfonds kann 20 Millionen erreichen; das sind zusammen 50 Millionen Mark Reserven, bei 60 Millionen Aktienkapital. Zu welchem Zwecke aber die Ansammlung solcher riesigen Summen erforderlich ist, weiß niemand anders als die Herren der Großfinanz. Verständlich wird die Sache erst dann, wenn man die Möglichkeit einer Übernahme des Monopols durch das Reich sieht ins Auge sah. Nach zehn Jahren bereits fällt die Gesellschaft sagen: Wir machen nicht mehr weiter! Falls dann der Reservefonds bereits 30 Millionen Mark umfaßt und der Preisausgleichsfonds 20 Milli-

onen, so gestaltet sich das finanzielle Ergebnis bei der Auflösung folgendermaßen:

Die Anlagen der Gesellschaft werden zum Mittel des Buch- und Schätzwertes übernommen, was sicher wohl ausreichen wird, um den größten Teil des Aktienkapitals zurückzuzahlen. Es bleibt dann noch die Verteilung der Vermögenswerte, während nun der Preisausgleichsfonds zur Hälfte zwischen Reich und Gesellschaft geteilt wird, verbleibt der Reservefonds ganz der Gesellschaft. Sie würde also dann zur baren Verteilung 30 + 10 = 40 Millionen Mark zur Verfügung haben. Bei der Gesellschaft nun gestaltet sich die Verteilung weiter so: Das Aktienkapital besteht aus 50 Millionen Mark Inhaber- und 10 Millionen Mark Namensaktien. Beide Kategorien von Aktien erhalten zunächst den vollen eingeschriebenen Betrag, also wohl das, was die Gesellschaft für die Anlagen wiederholt. Die 40 Millionen Mark aber werden zur Hälfte zwischen Inhaber- und Namensaktien geteilt, so daß auf die 50 Millionen Inhaberaktien 20 Millionen Mark und auf die 10 Millionen Namensaktien auch 20 Millionen Mark entfallen. Die Namensaktien befinden sich aber bekanntlich in den Händen des Konsortiums, das aus Banken besteht. In diesem etwaigen Extragevin von „höchstens“ 20 Millionen Mark bei einer Übernahme durch das Reich liegt für die Banken, d. h. die Großfinanz, der geschäftliche Vorteil, für sie springt dabei gegebenenfalls also das Doppelte dessen heraus, was sie bei der Gründung hineingegeben haben. Das ist auch der Grund, weshalb man den Reservefonds auf die ungeheure Höhe von 50 Prozent des Gesamtkapitals bringen lassen will. Es wird dadurch ein Fonds angesammelt, der den entgangenen Gewinn mehr als reichlich ausgleicht.

Die Rechnung stellt sich sehr einfach und klar: Hätte die Gesellschaft 10 Jahre hindurch auch nur die geringsten Gewinne, etwa nur 5 Prozent, verdient, so würden die mafagenden Bankengruppen auf ihre Namensaktien bei einer Auflösung nach 10 Jahren außer diesen $10 \times 5 = 50$ Prozent des Aktienkapitals noch das Doppelte, nämlich 200 Prozent, aus den beiden Fonds erhalten, im ganzen also pro Jahr nicht 5, sondern 25 Prozent Gewinn gemacht haben!

Der Einfluß des Reiches auf die Preisgestaltung ist zu dem, was aus den früheren Mitteilungen seineswegs klar hervorgeht, überhaupt gleich Null. Den wirklichen Preis selbst zu setzen hat sich das Reich ja gar nicht vorbehalten. In dem § 4, Ziffer 4, Abs. 6 heißt es:

Der Bundesrat ist befugt, nach Anhören des Reichsrats durch den Reichskommissar die in Abs. 2 bezeichnete Grenze nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres und von diesem Zeitpunkt an jeweils nach Ablauf eines Jahres heraus, aber herabzusetzen.“

Abs. 2 aber lautet:

„Der Verkaufspreis für 1 Liter Beuchöl gewöhnlicher Beschaffenheit soll im Jahresdurchschnitt 20 Pf. ab Tonfasslage nicht überschreiten.“

Es handelt sich dabei aber lediglich um die Preisgrenze für die Sola, wo der Anteil des Reiches an dem Gewinn anfängt oder aufhört. Steigt der Preis über diese Grenze, dann hat das Reich keinen Grundanspruch, fällt er, so ist es an dem Gewinn beteiligt. Der Gesellschaft bleibt es also gänzlich unbenommen, mit dem Preis über 20 Pf. hinauszugehen, und sie wird dies auch wahrscheinlich tun, solange sie ein Interesse daran hat, den Preisausgleichsfonds bis auf 10 Millionen aufzufüllen. Es ist ihr ja nicht verboten, einen hohen Gewinn zu erzielen, sondern sie darf ihn nur nicht verteilen. Lediglich in der Verteilung des Gewinnes sind ihre Grenzen gezogen.“

Der Reichstag hat also allen Grund, den Regierungsentwurf von Grund auf umzuarbeiten und dem Großkapital einen Strich durch seine schöne Rechnung zu machen.

Deutsches Reich.

Die Besichtigung von Junghausen.

Die angekündigte Deutschrift des Reichschausammlers zur Besichtigungsfrage ist jetzt fertiggestellt und wird den Verbündeten Regierungen übermittelt. Die Deutschrift ist, wie mitgeteilt wird, sehr umfangreich und erörtert alle Möglichkeiten, die zu einer Lösung der Besichtigungsfrage führen können. Das Reichschausamt nimmt zu keiner der beprochenen Lösungsmöglichkeiten Stellung, bekräftigt sich darauf, den Verbündeten Regierungen die verschiedenen Wege zu bezeichnen, die in der Besichtigungsfrage gangbar sind. Die Deutschrift soll nunmehr zunächst im preußischen Staatsministerium zur Besprechung gelangen und erst dann wird der Reichsanziger mit dem Antrag Preußens vor den Bundesrat treten. Die Besprechung der leitenden Minister und der Bundesstaaten über die Besichtigungsfrage dürfte voranschließlich erst kurz vor Weihnachten stattfinden.

Preußen hat also wieder die Führung. Das Reichschausamt wagt überhaupt nicht einmal, einen bestimmten Vorschlag zu machen. Es überläßt es dem preußischen Ministerium, Art und Umfang der Besichtigung zu bestimmen. Das ist die völkerliche Kapitulation der sogenannten Reichsregierung vor der preußischen Junkerregierung!

Der Grund der Heile.

Der Hauptfeind im Streit gegen die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge ist bekanntlich der General-Landschaftsdirektor Dr. Kapp. Wir haben bereits einmal darauf hingewiesen, daß Kapp eifrig bemüht ist, durch eine Volksfürsorge Gelder zur Entschuldigung des ländlichen Grundbesitzes aufzubringen. Herr Kapp hat deshalb die „Lebensversicherungsgesellschaft der Ostpreußischen Landschaft“ gegründet. Aber er hat mit diesem Unternehmen bisher kein Glück gehabt. Die Versicherungsgesellschaft macht sehr schlechte Geschäfte. Es wird darüber berichtet:

Die Osthessische Landschaft hat im Jahre 1911 im ganzen 502 Todesfall-Versicherungen über 7 Mill. M. abgeschlossen; en Prämien vereinbarte sie 883 814 M., an Zinsen und sonstigen 66 000 M., so daß 1911 die Gesamteinzahlung 440 780 M. betrug. Trotzdem nun die Abschluß-Prämien der Agenten nur zum dritten Teil in die Abrechnung eingestellt wurden, und trotzdem ihr die Landschaft die Diensträume unentgeltlich zur Verfügung stellte, betragen die Verwaltungskosten 115 718 M. Die Osthessische Landschaft verzögert einen durchmäßigen Überschuss von 2797 M. Hätte sie ihr Stammpapier mit vollem Kennwert als Papierkram vorgetragen und hätte sie die entstandenen Verwaltungskosten voll in Ausgabe gestellt, dann hätte sie keinen Verlust von rund 181 000 M. buchen müssen, sondern einen Verlust von 181 000 M.

Man begreift nun, warum gerade der Herr Eichhoff, Gruberger, Schäfer u. so. so eifrig für das nationale Versicherungsunternehmen wirkt. Dieses nationale Versicherungsunternehmen ist jetzt so schlecht rendierende gleichen Zwecken dienende Versicherungs-Gesellschaft über.

Müßte es nicht das Herz jedes wahren Volkes höher schlagen lassen, wenn die guten Patrioten und ihr kostbares Leben verschwendet, um das Land aus der roten Gefahr und die Lebensversicherung des Herrn Kapp vom Dassel zu retten? Es ist ja eine alte und oft bewährte Weisheit, Geschäftleute, die nationale Flagge zum Heil und Erfolg schwingen zu lassen. Warum soll einmal zugunsten einer „nationalen“ Lebensversicherung such werden, was den Kanonen- und Panzerplatten oft schon gelungen ist?

Ersatz Hobenzollern.

In dem riesig angekündigten Marineamt für 1912 ist die erste Rate für ein neues Kaiser Schiff „Tirpitz“ geplant. Die „Hobenzollern“, die durch einen Neubau ersetzt werden soll, ist vom Fleischgang nicht als für private Zwecke zur Verfügung gestellt, was sie dann bei fassung in Einfang zu dringen. Der Hofzug, den der Kaiser und seine Freunde benötigt, ist sein privates Eigentum, und für Förderung des Hofzugs muss er auch bezahlen. Ebenso nicht zulässig, ein Kreuzer auf Reichsstoffen bauen zu lassen, niemand behaupten, daß Freizeit nach Korn und Wohnung die Reichsflotte aufzutrommeln hat. Das sind die die Kaiserlich-königliche Kasse bestreiten müsste.

Agrarischer Kriegs.

Die Deutsche Tageszeitung kann es gar nicht verhindern, daß Genossen Wollenbuhrl in die Fleischsteuerungserhebung berufen worden ist. Sie sieht in der Verhinderung eine Fehlberichtigung der Sozialdemokratie Blatt schreibt unter anderem:

Da die sozialdemokratische Partei nur einmal in Tage und in den meisten Landesvertretungen ist, zu innerhalb der Parlamente mit dieser Tatsache rechnet. Es liegt aber für die Regierung nicht die mindste Verantwortung vor, Vertreter einer antimonarchischen Partei zu stören. Versprechungen außerhalb der Parlamente heranzutragen, die Partei dadurch gewissermaßen den Stempel der Berechtigung aufzudrücken. Wir bleiben der sozialdemokratischen Partei sich durch ihre gegenüber der monarchischen Grundlage der Tatsache außerhalb der Verfassung stellt und daß die Regierung monarchischen Staates diese Tatsache unbedingt berichtigte behandelt man die sozialdemokratische Partei als gleich zu muß im Volke der Einheit etabliert werden, da monarchische Grundlage der Verfassung bedeutungslos ist. Diese Bedenken haben wir geäußert, als man in Sozialdemokraten zu ähnlichen Versprechungen einlud. Es ist unsere Pflicht, sie jetzt mit besonderem Nachdruck zu holen.

Es ist ja sehr liebenswürdig von der Deutschen Zeitung, daß wenigstens innerhalb des deutschen Reichs mit der Sozialdemokratie rechnen will. Die 4/5 der deutscher Bürger, die bei den letzten Wahlen sozialdemokratisch gewählt haben, sind für die Herren Agrarier Lust, nur dazu zu festen, wenn sie etwas zu ebnen wollen, damit der Geldbeutel unserer sozialen Leute immer gut gefüllt bleibt.

Die Landtagswahlen in Württemberg, Stuttgart, 21. Nov. Das Berliner Tageblatt meldet: Bei den Nachwahlern württembergischen Landtag, die am 29. November stattfinden, die Sozialdemokraten und die Fortschrittspartei in verschiedenen Wahlbezirken gemeinsam machen, um die bedrohten Wahlmandate der Linken zu erhalten.

Der Nachfolger Schmöller.

Die philosophische Fakultät der Universität Berlin Donnerstag den Professor der Nationalökonomie an der Hochschule zu Charlottenburg, Dr. Heinrich Herfurth, Nachfolger des am 1. April nächsten Jahres von seiner zurücktretenden Berliner Nationalökonom Gustav v. Schröder. Professor Herfurth hat den Ruf angenommen.

Herfurth, der früher Professor an der Universität Jena ist durch sein Buch „Die Arbeiterfrage“ in weiteren Bekanntgeworden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Straßenkundgebung höherer Staatsbeamte Wien, 21. November. In der Volkshalle des Wiener Rathauses fand eine Massenversammlung der höheren Staatsbeamten, in der namentlich gegen die Verweigerung des zentralen Beitragszuschusses und gegen die Entlastung der Beamten für die Unzulänglichkeit der Beamten durch die Regierung protestiert wurde. Es wurde u. a. ausgeführt, daß die Beamten durch die Erhebung verschärft wirtschaftliche Not in ihrer Organisation zu erfreuen. Gleichzeitig wurde von der Regierung gefordert, daß die Kompetenz der passiven Wehrpflicht gegen die Gewerkschaften ausgenutzt wird, um von ihnen direkt den Vertrag gefordert, daß die Gewerkschaften mögen. Als die Beamten aus der Versammlung auf den Rathausplatz traten, haben sie sich einer Polizeiabordnung gegenüber, der ihren Anzug behindern wollte, zu stürmischen Protesten gegen die Regierung und gegen die Polizeimethoden. Wegen der Protesten wurden die Staatsbeamte verhaftet, was zu erneuten Demonstrationen Anlaß gab.

Tisza Empfang in Trad.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Seit Tagen wurden die Vorbereitungen zum Empfang des Großen Tisza in Trad von der Regierung getroffen. So und Militär wurden konzentriert, ein Trupp hauptstädtisch rückte an, um die Arbeiterorganisationen zu bestimmen. Am 27. November eintreffenden Genossen auf Schritt zu beobachten.

Die Arbeiterorganisationen beschlossen für den Tag des Großen Tisza, da dieser wohlweislich einen militärischen Generalstreich. Dem Besuch folgte der Generalstreich um 11 Uhr vormittags beginnen. Die Feierlichkeiten ausserst für die ganze Woche an. Die Arbeiter

diese Drohung, und legten zur bestimmten Stunde die Aus der Waggonfabrik gelang es, einen Teil der 20 Mann zurückzuholen, indem sie den Trakt, in dem sie arbeiteten, absperre. Nach der Ankunft Tisgas und diese herausgelassen, was dieselben jedoch nicht abhielt, ein „nationalsozialistischer“ Angriff auf die Bahnstation wegen Beschränkung der persönlichen Freiheit.

Bei der Ankunft standen 25 berittene Polizisten, die gemeinsam mit ihren Offizieren, zwei Dutzend Detektive, 300 zu dem Bahnhof und aus den Straßen, die Tisgas erwartete. Alle Straßen, die nach dem Versammlungsplatz verhängt gesperrt. Tagsüber ließ man niemanden den Bahnhof vor dem Bahnhof zum Hotel durch einen Polizeikordon geschützt. Es wurde mit ohrenbetäubendem Geschrei und Pfeifen auf seinem Hotel war der Raum ein furchtbare. Rieder freifechtschändet! Rieder mit Tisgas! Psiul wurde von der Polizei, die ihn schütteten, selbst dann noch, als er einen Polonettangriff gegen die Demonstranten entrichtete des Volkes wuchs immer mehr, der Polizei befahlte einen Sturm auf das Hotel, er ließ durch einen und berittene Polizisten das Volk auseinander gehen, man begann ein erbitterter Straßenkampf zwischen Arbeitern. Die Gendarmen hauften wie die Arbeitern, die sie mit Feuerwaffen, der zu einem Bau fahren wollte, von den Arbeitern angehalten, und in wenigen Minuten der Wagen seiner Lauf ledig. Die Biegel stiegen auf und Polizisten. Diese antworteten mit Revolvern. Der großzählerische Knabe wurde durch die Stufen getötet. Ein Arbeiter durch Revolverkugeln verwundet. Ein junger wurde vom Pferde gerissen. Acht Gendarmen wurden verwundet. Die Zahl der verwundeten ist unbestimmt, da dieselben von ihren Kameraden fortgeführt. Alle Fensterscheiben des Hotels, des Stadthauses, der Demonstration endete er am späten Abend. Nachts flog in aller Stille auf den Bahnhof, um Arbeit zu verhaftet werden.

Italien.

Polizeibrutalitäten gegen Heros.

Zu der von der italienischen Partei in Rom verhinderten Demonstration sollte auch Gustav Heros. Die Polizei ließ das nicht zu und mahlte dazu ein brutales und provozierendes Verfahren. Obwohl seit fünf Tagen bekannt war, dass man ihm kommt zu verbieten, ließ man ihn kommen, dort aber sofort am Bahnhof verhaftet, in der er die Nacht zubringen sollte. Er wurde zur Polizei gebracht und dann in eine Zelle gestellt, in der er die Nacht zubringen sollte. Er wurde er gewaltsam dem Zug feststellungen eingeführten Wehrfahrten unterworfen, wobei er des anthropometrischen Dienstes, Ottolenghi, Vernerung machen: der Schädel der polnischen sei für die Wissenschaft ebenso wichtig wie meinen Verbrecher, und dass die gleiche Behandlung eine Anwendung der unsterblichen Grundzüge der Revolution sei. Nachher wurde er wieder auf den Polizisten bis an die Grenze gebracht. Von am die italienische Parteileitung folgendes Tele-

gramm: „Die Polizei und in der Hoffnung behandelt, wurde ich ausgewiesen — in Rom, nicht etwa in Petersburg. Auf diese Weise reichte ich selbstverständlich auf alle Freunde, aber auch auf die einfachen Republikaner, Garibaldi erinnerte, schließlich auf alle Italiener, ohne die Partei, die keine Widerstand.“

Amerika.

Sozialistische Fortschritte in Nordamerika.

Die sozialistische Partei irgendwo einen Stillstand oder unterliegt sie einmal den vereinten Kräften der Reaktion, so kann die kapitalistische Presse Druckswärze über das „Ende der roten Herrschaften“, macht sie aber Fortschritte, so werden sie wieder folgeschwieren. Das gilt für die Kapitalistische oder Länder, am meisten aber für die Amerikanische. Jenes Genossen Berger in Wisconsin, des sozialistischen Kongressabgeordneten, hat sie sofort die Welt hinauspausiert, über die sozialistischen Freiheit aber ist sie vollständig stumm. Diesmal ist recht trügerisch Gründen. Denn wenn irgend welche hat, mit Stolz auf die Präsidentenwahl ein, so ist es die sozialistische. Mit ihrem Gewinn überträgt sie alle bürgerlichen Richtungen. Es stimmen:

Sozialisten	Republikaner u. Progressisten	Demokraten
424 000	7 678 000	6 408 000
826 000	7 731 000	6 192 000
Abnahme + 402 000	+ 53 000	- 217 000

Auch haben die Demokraten einen Verlust von 100 000, die Republikaner einen Gewinn von nur 6000. Die Sozialisten aber eine Zunahme von fast 100 000. In den großen Industriestädten erhöhte Votum durch die Bank und zum Teil die Höhe schnellte, so zum Beispiel in Newark Stimmen auf 60 000, in Illinois von 49 000 auf 59 000 auf 92 000. In der allein haben wir 37 000 Stimmen gewonnen. Die Zunahme nicht gereicht, einen Sieg im Kongress. Den Genossen Meyer-London im zwölften Kreis fehlen nach der offiziellen Zählung nur noch am Sieg. Die Wahl soll angefochten werden, genug dafür sprechen, dass Genossen London von der Kommission Holl „hinausgeschlagen“ worden ist, in Amerika immer dort gegen mißliche angewendet wird, wo alle anderen Mittel versagen. Zweifel haben die Wähler, die ihre Stimme dieses abgaben, den Unterschied zwischen Kapitalismus erkannt. Das wird auch durch die Steigerung der sozialistischen Partei bestätigt. Aber da zweitens schwer es ist, die auf direkten materiellen Vorteilen amerikanischen Arbeiter für den sozialistischen Partei zu gewinnen, wird die folgenden Tabellen wohl zu würdigen verstehen. 1904 wusste die sozialistische Partei erst 20 703 Wähler, 10 Jahre später 41 751 und jetzt 128 064.

Sächsischer Landtag.

11. Kammer.

103. Sitzung vom 22. November 1912, vorm. 10½ Uhr.
Am Regierungssitz: Dr. Vogl, Vitzthum, v. Schleinitz.
Zur Beratung stehen zunächst die unerledigt gebliebenen Teile des

Gemeindesteuergesetzes.

Zunächst handelt es sich um den § 31, Besteuerung der juristischen Personen. Auf Antrag von nationalliberaler Seite, die eine langfristige Vertrag zur unterliegenden Beratung an die Deputationsdeputation zurückgeworfen worden.

Abg. Dr. Böhme (cons.) erstattet hierfür Bericht. Die Deputationsmehrheit ist in der Hauptfrage bei ihrem früheren Beschluss bestimmt, es sollen also auch Bonds alter Art und Rücklagen besteuert werden. Innerhalb ist man in einigen Punkten doch dem Standpunkt der nationalliberalen Minderheit entgegengestanden.

Die aus den freien und nationalliberalen Mitgliedern bestehende Deputationsminderheit, die sich der konserватiven Abgeordneten Dr. Spies angeschlossen hat, stellt folgenden Antrag in § 31, Abg. 1a, den zweiten Satz in folgender Fassung anzunehmen:

Abstreitungen, welche einer angemessenen Ausgleich der

eingetretene Wertesminderung um mehr als das Doppelte übersteigen, seien infolge einer Schuldentlastung gleich.

Mitberichterstatter Abg. Ritschl (soc.): Die sozialdemokratischen Mitglieder der Deputation haben sich nicht allenthalben mit den Anträgen der Deputation einverstanden erklären können. Insbesondere wenden wir uns gegen den Antrag zu § 31, Absatz 1, wonach Großbetriebe, die im Besitz einer Einzelperson sind, von der Besteuerung frei bleiben sollen. Diese Konzession ist unverantwortlich. Man ist doch überhaupt auf die Besteuerung nach § 31 zurückgekommen, weil die gewerblichen Großbetriebe jeder Art die Gemeindeeinrichtungen in hohem Maße in Anspruch nehmen. Deshalb ist es ganz gleich, ob sich diese Großbetriebe in Besitz einer Einzelperson oder einer Aktiengesellschaft befinden. Deshalb darf man zwischen diesen Großbetrieben auch keinen Unterschied in steuerrechtlicher Beziehung machen. Dagegen werden wir für den Absatz 2 unter 2 Stimmen, wonach höchstens 5 Prozent des Anlagekapitals des singulären Einommens zu besteuern sind, denn es ist doch ein Unterschied, ob ein Großbetrieb in der Hauptfache mit eigenem oder geborgtem Kapital arbeitet. Auch für die übrigen Anteile der Deputationsmehrheit werden wir stimmen. Für das Minderheitsgutachten können wir uns nicht erwärmen, weil es ungerecht erscheint, Abstreitungen in dem dort gewünschten Umfang zu besteuern zu lassen. Wir sind wenigstens der Überzeugung, dass ein großer Teil dieser Abstreitungen vorgenommen wird zu dem Zweck, einen Teil des Gewinnes der Besteuerung zu entziehen. Wenn wir so weit gehen wollen wie die Minderheit, dann würde den Gemeinden geradezu die Möglichkeit verkommen, wenn sie Steuerhinterziehungen erfolgreich mehreren zu können. Hinzu kommt, dass den Gemeinden ja nur das Recht gegeben wird, eine Besteuerung des Rücklagen- und Abstreitbefonds vorgenommen wird zu dem Zweck, einen Teil des Gewinnes der Besteuerung zu entziehen. Gemeinden werden nach den bisherigen Erfahrungen die größte Rücksicht auf die Industriebetriebe nehmen, so das Härten in steuerrechtlicher Beziehung gegen einzelne Industriebetriebe ausgeschlossen sind. Die zahlreichen kleinen Betriebe liefern die Gemeinden den Industriebetrieb Gas, Elektricität, Wasser usw. wesentlich billiger als den übrigen Gemeindemitgliedern. Die Rücksichtnahme der Gemeinden wird sich auch bereichern, wenn sich auch wirklich in einzelnen Härten herausstellen sollten. Es liegen also gegen § 31 keine Bedenken vor, dass sich Härten ergeben könnten, unter denen die Industriebetriebe leiden könnten. (Bravo bei den Soc.)

Abg. Ritschl (nati.) verteidigt den Widerberichtsantrag, wonach Abstreitungen, die einen angemessenen Ausgleich der während der Wertesminderung um mehr als das Doppelte übersteigen, insofern eine Schuldentlastung gleichstehen. Nach dem Votum der Rechtlichkeit wird eine Summe von 3 Prog. und feinesfalls mehr als 5 Prog. des in dem Unternehmen arbeitenden Kapitals als Einkommen angenommen. Indessen könnte auch das noch zu Härten führen, wenn auch eine allzu hohe Steueranwendung unmöglich gemacht werden. Das Interesse für die Industrie darf nicht dem Wohlwollen der einzelnen Gemeinde überlassen werden.

Abg. Dr. Nielhammer (nati.) dankt der Regierung für das in leichter Stunde bewiesene Entgegenkommen, das beweise, dass man auf dem Weg freundlicher Vereinbarung am weitesten kommt.

Große die Sozialdemokraten, die doch die Arbeitervertreter sein wollen, sollten ein Interesse daran haben, dass die Industrie gefund und leistungsfähig bleibt. Gerade die Geschichte der Firma Krupp zeigt, wie wichtig ein Rücklagenfond sei. Alfred Krupp wäre Anfang der siebziger Jahre, obgleich sein Betrieb immer weiter wuchs und trotz der steigenden Konkurrenz, beinahe pleite gegangen, weil er unterlassen hatte, Rücklagen zu machen. Redner empfiehlt das Minderheitsgutachten zur Annahme.

Abg. Dr. Schön (soc.): Der größte Teil meiner politischen Freunde beharrt auf dem früher eingenommenen Standpunkt. Alle Gründe, die hier vorgebracht wurden, können uns nicht zu anderer Überzeugung bringen. Es ist das feinesweg eine Unfreundlichkeit gegen die Industrie, im Gegenteil, wir haben vielleicht noch ein wärmeres Herz für die Industrie als Sie. (Sehr wohltreffend; Lachen bei den Nat.) Die Geschichte der Firma Krupp ist an den Hörern herbeigezogen und beweist gar nichts. Die Firma Krupp war 1870 noch gar keine Aktiengesellschaft und dann ist doch die Besteuerung der Rücklagen noch kein Verbot der Rücklagen. Es wird hier nichts anderes von den Aktiengesellschaften verlangt, als was der Privatunternehmer auch leisten muß. (Sehr wohltreffend.) und darin können wir sehr Unrecht finden.

Abg. Dr. Spies (soc.) erklärt, dass er und seine Freunde Hoffmann und Demann eine von dem Standpunkt der konserватiven Fraktion abweichende Ansicht vertreten und für das Minderheitsgutachten stimmen werden.

Abg. Kunze (nati.) spricht im Sinne seines Fraktionsgenossen Nielhammer.

Abg. Niem (soc.): Der Abg. Nielhammer hat erklärt, die Arbeiter müssen ein besonderes Interesse an dem Blüten und Gedächtnis der Industrie haben. Das ist gewiss richtig, das Interesse darf aber nicht durch Steuerzulassungen behindert werden. Wenn Herr Nielhammer ein Bild von den Mühen und Sorgen des Alfred Krupp gegeben hat, so wäre es viel richtiger gewesen, wenn er das Ende der Laufzeit von Kruppschen Arbeitern geschildert hätte, die er die Auslastung der Rüstungsgewinne der Firma ermöglichen. (Lachen und Lachen bei den Nat.)

Abg. Dr. Nielhammer (nati.): Der Sozialdemokratie wird es nie gelingen, die Verdienste solcher Männer wie Krupp herabzuwerten. Gewiss tragen die Arbeiter zu den Gewinnen bei, in erster Linie sind die Uberschlässe aber dem Ganzen wie es Alfred Krupp war, zu danken.

(Die Verhandlungen dauern bei Schluss der Redaktion fort.)

Dresdner Polizeibericht vom 22. November.
Seim Absteigen von einem Lastwagen kam gestern nachmittag an der Ecke der Neuen- und Gewerbeschule ein Autoverkehrer zu Fall und blieb bewusstlos liegen. Er habe sich eine starke Blutung am Kopf und anscheinend auch eine Verletzung der Wirbelsäule zugezogen und wurde nach Wiedererlangung des Bewußtseins von zwei Arbeitern nach der Wache des Tollwitzer Gendarmeriepostens geführt, von wo aus dann seine Heberführung mittels Krankenauto nach seiner Wohnung erfolgte.

Warung. Mit Besuchern der Frau A. E. ... Geertstraßen treffe ein angeblich tauber Betrüger Wiederauf, der sich in den Villenvierteln Dresdens dadurch Unterstellungen zu erschwinden sucht, dass er seinem Besitzer eine Visitenkarte obigen Namens belegt.

Prognose des sächsischen Landeswetteramtes.

für den 23. November.

Westwinde; wechselnde Bewölkung; etwas kalter; kein erheblicher Niederschlag.

Letzte Telegramme.

Die Abmachungen der Balkanstaaten.

Paris, 22. November. Der Sonderberichterstatter des Matin telegraphiert aus Belgien, dass trotz den zahlreichen Abmachungen, die die verbündeten Balkanstaaten untereinander getroffen haben, die von ihnen beanspruchten Gebiete nicht festgelegt worden seien. Es werde beträchtlicher Geschicklichkeit bedürfen, damit unter ihnen keine Misschönigkeiten hervorgerufen werden. Derselbe Korrespondent meldet, dass die Serben den österreichischen Forderungen gegenüber eine sehr deuntiungsliebende Gleichgültigkeit zur Schau tragen. Diese, hauptsächlich auf einem unbedeutenden Selbstverstände beruhende Stimmung bilde einen sehr wichtigen Faktor für die Lösung der überaus schwierigen Probleme, die der Krieg hervorruft. Diese Stimmung werde noch genährt durch die Überzeugung, dass Österreich-Ungarn angefischt der Sympathie der slawischen Bevölkerung für die Serben keinen Krieg mit den Balkanstaaten beginnen kann, ohne für sich die größten Gefahren herauszubaden.

Von der Thatalabshütte.

Konstantinopel, 22. November. Militärische Offiziere, die gestern mit diplomatischen Aufträgen vorübergehend hierher zurückkehrten, haben übereinstimmend die Situation auf der Thatalabshütte sehr hoffnungsvoll. Der Adjunkt Asaf Balcha, Chef des Großen Generalstabes, gab dem hierfür Vertreter von Wolffs Telegraphischen Bureau folgenden Überblick über die Kampfflage seit dem Sonntag: Am Sonntag rückten die Bulgaren über Lazaröy vor, um durch Werken des rechten Flügels die türkische Frontstellung aufzuteilen. Sie wurden aber zurückgeworfen. Es gelang sogar einer türkischen Abteilung, in der Nacht zum Dienstag bis Lazaröy vorzustoßen und dem Feinde zwei Maschinengewehre wegzunehmen. Bei diesem Nachtkampf allein verloren die Bulgaren 800 Tote, darunter 20 Offiziere. Ganz waren am Montag mit unbekannter Stärke auf der ganzen Linie. Dienstag versuchten die Bulgaren, nachdem sie anschließend vom linken Flügel starke Verstärkungen herangezogen hatten, das türkische Zentrum zu durchbrechen. Der Versuch scheiterte jedoch, obgleich die Bulgaren bis 800 Meter an die Infanteriestellungen vor den Forts Hamide und Mahmuti kamen. Gleich nach Einbruch der Nacht wurden die Bulgaren wieder aus diesen 800-Meter-Stellungen durch Polonettangriffe herausgeworfen und verfolgt. Sie verloren 250 Sehnen und anderes Kriegsmaterial. Am Mittwoch fanden nur unbedeutende Artilleriekämpfe statt. An diesem und dem folgenden Tage gelang es einem selbständigen Detachement, einem Regiment unter dem deutschen Kommandeur v. Lossow, 10 Kilometer vor Tokio in die Flanke der Bulgaren vorzudringen und diese zu werken. Die Bulgaren stehen also jetzt anscheinend auf der Linie Schilföy, Kafalöy, Subaöy, Imdschegiz, Thatalabshütte und auf den Höhen nach Nadiröy. Die bulgarischen Gefangenen erzählten von schweren Verlusten auf bulgarischer Seite. Dort herrsche viel Kälte und Cholera sowie Mangel an Lebensmitteln und Offizieren. Bei den Türen ist die Cholera in den letzten zwei Tagen zurückgegangen. Verbesserung und Mannschaftsversetzung sind gut. Die Moral ist durch das Eintreffen von vorzüglichen Truppen sehr gehoben.

Für die deutsch-englische Verbündigung.

London, 22. November. Auf der diesjährigen Tagung des liberalen Landesverbandes (National Liberal Federation), die gestern in Nottingham stattfand, sprach der Vorsitzende des Verbandes, Sir John Brunner, über die deutsch-englischen Beziehungen. Frankreich, sagte er, ist geographisch unter nächster Nachbar; aber nach der Rose, Intelligenz und moralischen Eigentümlichkeit steht uns Deutschland viel näher als Frankreich. Die Deutschen sind ein fröhliches, männliches Volk wie die Engländer. Er wünschte, dass die beiden Nationen zusammengehen. Das größte Ziel Deutschlands sei die offene Tür für seinen Handel auf der ganzen Welt. Das sei auch die britische Politik. Beides also sollten die beiden Nationen nicht von Herzen zusammenarbeiten können! Indessen wisse die ganze Welt, dass die britische und die deutsche Flotte einander in der Nordsee beobachtet, jede darauf bedacht, den Handel der anderen Nation im Kriegsschiff zu vernichten. Der einzige Teil der öffentlichen Meinung, der diesen Streit unterstützt, sei die Panzerplattenpresse. (Heiterkeit.) Alle verständigen Kaufleute und Reeder und alle intelligenten Arbeiter in England und Deutschland würden, dass ein Krieg zwischen England und Deutschland Verwüstung und Vollkommenen Ruin, Arbeitslosigkeit und Verarmung in schwerster Weise bedeuten würde. Die Engländer könnten sich damit doch sagen, dass der kommerzielle Ruin von London, Hull, Newcastle und Aberdeen durch den Sommer, jenen Ruin von Hamburg, Bremen und Berlin ausgeglichen würde. Das sei kein Trost. (Weitall.) Wirtschaftliches Gedränge in England könnte schwerlich neben einem schlechten Leben in Deutschland bestehen. Redner befürwortete also einen Schritt zu besseren Beziehungen zu Deutschland die Sicherung der Handelsmarine vor dem Seebeuterecht.

Die Cholera.

Konstantinopel, 22. November. Amlich wurden gestern 46 Cholerafälle gemeldet, darunter 17 tödlich.

Rumänische Wahlen.

Bukarest, 22. November. Gestern fanden im ersten Wahlkollgium die allgemeinen Wahlen für die Kammer statt. Gewählt wurden 33 konseritative, 25 konervative Demokraten, 19 Liberale und 1 Unabhängiger; drei Sitzvacanzen sind erforderlich. Unter den Gewählten befinden sich die Minister Tale Jonescu, Margit Roman, Mihai Cantacuzene, Hilipsku und Bisești sowie der Führer der konserватiven Partei, Corp. Die Wahlen verliefen im ganzen Lande ruhig.

Rückerfordant.

Berlin, 22. November. Ein Konservierer der Dresdner Bank, der 80 Jahre alte Heinrich Schürmann, ist gestern plötzlich gestorben, nachdem man entdeckt hatte, dass er 20 000 M. in preußischen Kontos untergeschlagen hat. Schürmann entfernte sich während der unvermeidlichen Revision aus dem Bankhaus und begab sich nach Tempelhof; wo er bei einer anderen Bank sein Guthaben, etwa 7000 M., erhob. Er ist damit verschwunden. Die Dresdner Bank hat auf die Ergreifung des Diebstaudanten eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Fliegerwagen.

Johannisthal, 22. November. Heute früh kurz, nach 8 Uhr fliegte der Flugschüler Leutnant v. Winterfeldt bei einem Flugversuch aus 2 Meier Höhe ab und erlitt innere Verletzungen. Das Flugzeug wurde vollständig zerstört.

Z.-C. Montag den 25. November
abends 1/2 Uhr.
Eisang im Volkshaus.
Das heutige Blatt umfüllt 20 Seiten.

Freitag den 22. November 1912

Dresdner Volkszeitung

Krieg dem Kriege! Für den Völkerfriede Sechster Wahlkreis.

Sonntag den 24. November 1912

Flugblatt-Verbreitung

Bezirk 1: Löbtau	Restaur. Kämpfe, Wernerstraße
2: Cotta	Gibam, Weidentalstraße
3: Obergohlis	zum Brauerhof, Gottsch.-Keller-Straße 21
Riebe-Gohlis	zum Goldn. Hammer, Hünndorferstraße 2
Gompitz	Vandekrone
4: Pötzschappel	Hoffmann
5: Plauen	Dietel
Raitz-Leubnitz	Deutsches Haus
6: Striesen	Kielmannsberg
Gruna	Wocherhöhe
Celbnitz	Deutsche Eiche, Hüttenstraße 1
Blasewitz	zur Sonne, Schandauer Straße
7: Coschütz	Büdler, Weißstraße
Gittersee	Biebler
Burgk	Gasthof Blasewitz
Niedersedlitz	Restaur. Coschützer Höhe
8: Deuben	Gasthof
Niederhäslich	Restaurant Bergschlößchen
Coschütz	Einer's Restaurant
Tharandt	beim Genossen Emil Schulze
Höckendorf	Restaur. Kunath, Inh. Schmuzler
Döhrn	Gässer
9: Döhlen	Zimmermanns Restaurant
Ober- und Unterweißig	Restaur. Schützenhaus
Ober- und Unterweißig	Gasthof Höckendorf
Ober- und Unterweißig	beim Genossen Jander
Ober- und Unterweißig	Restaur. Wagner
Ober- und Unterweißig	Gasthof

10: Naundorf	Groß- und Kleinopitz, Gasthof Unterweißig
11: Strehla	Gästehaus Bahnhofsbüchsen
12: Zollwitz	Tal-Restaurant
Bautzen	Restaurant Wilhelm
Borsig	Goldener Adler
Leubnitz	Gasthof Dobritz
Reichenbach	Wittels Restaurant
Lockwitz	Wilhelms Restaurant
Neustadt	Gasthof Niedern
Leuben	Restaurant Lindengarten
Niederseidlin	Restaurant zur Linde
Neid-Pröhlis	Wegleichs Restaurant
Wilsdruff	Restaurant zur Eintracht
Mohorn-Grund	Herzogswalde, Kurbad
Grumbach	Restaurant von Nöde
Altenberg	Schützenhaus
Schmiedeberg	Gasthof
Tönitschen	Gasthof
Nabena	Restaurant Sängersheim
Welschnisse	Restaurant Voigt
Leutewitz	Gasthof Leutewitzer Höhe
Oberhermsdorf	Gasthof
Braunsdorf	Gasthof
Nesseldorf	Gasthof zur Krone
Wurgwitz	Wolfs Restaurant
Niederhermsdorf	Gasthof
Gauderode	Gasthof
Gaahausen	Gasthof
Dippoldiswalde	Schützenhaus

Flugblattstellen in folgenden Lokalen:

Plauen: Sonnabend abend 8 Uhr im Restaurant Kielmannsberg

Raitz-Leubnitz: Freitag abend 9 Uhr, Wocherhöhe

Striesen: Freitag abend 9 Uhr in den angegebenen Lokalen

Leuben: Sonnabend abend 9 Uhr in den angegebenen Lokalen

Wilsdruff: Freitag abend 8 Uhr im Restaurant Eintracht

Schmiedeberg: Freitag abend 8 Uhr in Böttner's Restaurant

Leutewitz: Sonnabend abend 8 Uhr, Leutewitzer Höhe.

Pflicht eines jeden Genossen ist es, sich zu dieser Flugblattverbreitung einzufinden!

Der Vorstand des 6. Wahlkreises

Einwohnerversammlung in Friedrichstadt Turnverein Vorwärts, Radetzkystrasse

Sonnabend den 23. November 1912, abends 8½ Uhr, im kleinen Saale des „Kristallpalastes“.

Die Tagesordnung lautet:

Gründung eines Arbeiter-Turnvereins in Friedrichstadt.

Referent: Turngenosse O. Schimmrohn - Löbtau. — Debatte.

Alle Einwohner der Friedrichstadt müssen es als ihre Pflicht betrachten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ganz besonders ist die Jugend willkommen!

Der Einberauer.

Sonntagnachmittag den 24. November im Saale des Gasthofs zum Rossmarkt

Theater-Abend Die Heimatlosen. Drama in 5 Akten

Saalöffnung Punkt 6 Uhr. — Anfang 7½ Uhr

Karten im Vorverkauf sind beim Vorstehenden Johanna Siggartengeschäft, Röderstraße 1, zu haben.

Einheitlicher Besuch steht entgegen.

Sozialdem. Verein für den 4. Reichstags-Wahlkreis Dresden-N. Bezirke 1-6

Dienstag den 26. November im Saale der Reichskrone, Bischofsweg

Familien-Abend und Ball

Die Vorträge werden von den Viktoria-Sängern ausgeführt.

Anfang 8 Uhr. — Karte 35 Pf. — Ende 9 Uhr.

Karten sind vorher von den Bezirksschreinern zu entnehmen.

Zahlreicher Besuch erwartet. Das Vergnügungs-Komitee.

Zur gell. Beachtung! Unser Faschings-Abend findet in der Deutschen Reichskrone Dienstag den 28. Januar 1913 statt.

Achtung! 4. Kreis!

Im gestrigen Inserat, Flugblattverbreitung betr., muss es aufstatt Böschule, Hechtstraße, heißen:

Restaurant Königswalde, Hichtenstraße 15.

Dauer-Wäsche

kaufst man am Verteilstellchen bei
N. Panno,
Dresden-N., Radebuler Straße 11.

Neu! Neu!

Neumanns

Konzert-Haus

Schlossergasse 3

Bauerntheater.

I. Etage. Eintritt frei!

Restaurant Saxonia

Dresden-N., Elbhauptgasse 4
empfiehlt seine freundl. Gastlichkeit

Täglich Konzert.

Emmab. Richter u. Stein.

Wer Chausseur

werden will, verlange sofortlos

Prospekt. Stellung vertragl. garantiert.

Automobilwerk Bernburg, Sachsen.

Vereinigte Turner und Sänger v. Niederhermsdorf

Sonntag den 24. November 1912 (Vorstellungszimmer)

im Gasthof zu Niederhermsdorf

Großer Theater-Abend

Zur Aufführung gelangt:

„An der Grenze.“ Tongöde in 3 Akten

Karten im Vorverkauf 80 Pf. an der Straße 40

Eintritt 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.

Einheitlicher Besuch steht entgegen.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Mag. Sachs, Dresden-Altstadt.

Verantwortlich für den Interessenrat:

Weinholt Gießler, Dresden.

Druck und Verlag: Raben & Comp. Berlin

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Die Verhandlungen über das Kirchen- und Schulgesetz, die in der zweiten Kammer, auf die gesetzten am Ende schon hingewiesen wurde, dehnten sich bis in die Abendstunden aus. Hierzu gingen noch Anträge der Abgeordneten Dr. Böhme und Göpfert ein, die verrierten, welche den Nationalliberalen, Konservativen und Regierung verhandlungen über die Besteuerung Andersgläubiger verstanden hatten. Dabei hatte die Regierung im Gegensatz zu ihren früheren Erklärungen befürchtet, daß sie bereit sei, die Besteuerung Andersgläubiger unter gewissen Bedingungen mit in den Kauf zu nehmen. Darauf hat man sich dahin geeinigt, die Bevölkerung Andersgläubiger beim Grundbesitz nur bei Personen auszuschließen, die einer Religionsgemeinschaft oder der in Sachsen das Recht der Erhebung öffentlicher Abgaben besitzen; der Grundbesitz der übrigen Andersgläubigen soll besteuert werden. Das bedeutet die Besteuerung der Reformierten und anderer Andersgläubigen, welche der Katholiken und Israeliten, das bedeutet Besteuerung des ältesten Gewissenszwanges, eine steuerliche Ausnutzung solcher Personen, die von den herrschenden Mächten wissen wollen, besonders der Dissidenten. Zugleich ist dies "Wohng" eine Kapitulation der Regierung Konservativen, die aber nicht möglich gewesen wäre, nicht die Nationalliberalen ihren früher vertratenen Wunsch der Steuerbefreiung Andersgläubiger mit führen und den Konservativen Handlangerdienste geleistet. So die Herren um Hettner da fertig brachten, war es eine Einstellung der Fortschrittskinder Günther eigentlich selbstverständlichen Standpunkt, daß Staatsrecht gebe, und unser Genosse Neimling eine wirtschaftsvoller Weise den grundähnlichen Stand der sozialdemokratischen Fraktion und wies insbesondere hin, daß die §§ 7, 8 und 18 der Vorlage in direktem Kontrast mit der Verfassung stehn. Gleichzeitig gehielte sozialdemokratische Redner die Besteuerung Andersgläubiger als illegale Verhältnisse der Nationalliberalen. Der Herr Beck ist vor allem wenig erbaut davon, daß in Abgabesteuergesetzes den bürgerlichen Gemeinden ein Zuschuß zugeht, falls die Aufwendungen der Kirchen an die Steuerzahler stark belasten. Der Nationalkonservativen verriet, daß das bisherige Einvernehmen der politischen Gemeinden keinen Pfiffsterling werte nicht diese, sondern selbstverständlich die Kirchenbesteuerung.

Weiteren drehte sich die Debatte hauptsächlich um die §§ 6, 7, 8, 18 und 34, zu denen die mittlerweile geänderten Abänderungsanträge Böhme-Göpfert erneut standen. Von sozialdemokratischer Seite wiesen Neimling und Riem nach, daß es sich für die betroffenen Parteien hierbei nur um ein Handelsgeschäft mit Steuer handelt, bei dem weder diese noch die Liberalen einen Ruhm bedeckt hervorbringen und ein trostloses Vorgehensweise der Verantwortlichen darbietet. Der Hauptwiderspruch sei die Abfuhr, die Gründsteuer und Abgabe im Interesse der kirchlichen Wehrheit zu einer Reallast zu gestalten und damit gegen Andersgläubigen einen ungewöhnlichen Gewissenszwang auszuüben, als man die anderen Anerkannten Steuerfreiheit derselben gegenüber Wehrheitsgemeinde zu befreien trachte. Neimling charakterisierte die Stellung der Regierung, soziale Zwecke kein Geld habe. Um das Beispiel sozialreichen Umlaufs zu vollenden, redeten Hettner und Kaiser, der erstmals, um einmal die Deputationsfragen und das andere Mal den nationalliberalen Umlaufs, und der letztere versuchte sehr richtig nach, daß es sich bei der Haltung der Nationalliberalen um ein Prinzip und um die Grundfähigkeit, sondern um die Möglichkeit der Frage handle. Selbst den beiden Günther und Brodauf war die praktische Anwendung der Zwecklehrtheorie der Nationalliberalen zuwandeln sich, ebenso wie Langhammer, gegen Aburteilung und Kritisierung die Preisgabe ihres Standpunktes. Die Regierungsbefürworter Beck und Gundewitz sagten, daß das Mittel gefunden ist, das ihnen das Zusammen ermöglicht. Die Abstimmung über den § 7 ist am Sonntag und findet ebenso wie die über die §§ 22 und 23 statt.

Weitere Paragraphen, mit Ausnahme von 12, 13, 14 ausgezogen werden, finden rasch Annahme und nach Abstimmung zwischen Günther und dem alten Ministerialdirektor kommt man zu der Besteuerung der Andersgläubigen nach dem Parochiallastengesetz von 1888, die Deputation in den §§ 22–24 abgelehnt und dem neuen Steuermodus unterworfen wurden. Göttert ist der Nationalliberalen Göpfert wie Opitz und Winckler Dr. Beck für die steuerlichen Vorrechte des Kirchengebots, vertraten unsere Genossen Riem und die Konservative Schreiber den Willen der Deputation, die die agrarischen Sonderbeliebtheit wissen wollte. Unter dem Weißfall sozialdemokratische Hettner trat auch Kleinheimpel ein. Die Abstimmung ist gleichfalls eine namentliche weiteren Paragraphen wurden dann im üblichen Stil debattiert im Sinne der Deputationsbeschlüsse und damit auch die vorliegenden Petitionen. Der Haushaltplan wurde hierauf gegen die sozialdemokratischen angenommen und dann in den Gesetzesentwurf eingetragen, wozu sich darauf hinwies, daß die sozialdemokratischen Deputation zwar dem Gesetz zugestimmt, sich die Minderheitsanträge vorbehalten haben. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte nach kurzer Begründung durch die gemäß ihres Minderheitsantrages gegen die Besteuerung der festen Diensteinommen, worauf die Paragraphen des Gesetzes im Sinne der Deputationsentschließung fanden.

Die heutigen nomenklatorischen Abstimmungen dürfen in der zweiten Lesung Erledigung finden. Man kommt kein, welche Bützelsäume die Nationalliberalen legen schließen werden.

Die Volkschulreform bei den Parteien.

Die immer ist der Bericht der Zwischenberatung der

Ersten Kammer über das Volkschulgesetz nicht erschienen. Doch findet immer etwas durch über die gesuchten Verschläfe. Über es ist nichts Erstaunliches, entspricht vielmehr den ältesten Verdächtigungen, die im Hinblick auf die reaktionäre Haltung der Partei bestätigt erscheinen.

Wie jetzt verlautet, hat die Zwischenberatung der Ersten Kammer die allgemeine Volkschule im Sinne der Zwischenberatung der zweiten Kammer – §§ 18 und 19 – abgelehnt und den gegenwärtigen Zustand der Dreiteilung der Volkschule beibehalten. Damit fällt einer der wichtigsten Verschläfe, mit dem sich die Regierung auch bereits abgefunden hatte, und man kann sich somit vorstellen, daß auch von der durch die Zwischenberatung der zweiten Kammer erfolgten sonstigen fortgeschrittenen Gestaltung der Regierungsvorlage nicht viel übrig bleiben wird.

Doppelte Durchführung bei der Lehrerbefreiung.

In der Leipziger Lehrerzeitung wird der derzeitige Stand der Lehrerbefreiungsregelungen durch die folgenden zwei Beispiele anschaulich illustriert:

Am 28. Mai 1911 hielt Herr Rechtsanwalt Dr. Schiller im Leipziger Lehrerverein einen Vortrag über das Thema: Zur rechtlichen Stellung des Lehrers im Staat und Gemeinde. Der damalige Vorsitzende des Leipziger Lehrervereins, Herr Hertel, wurde im Anschluß an diesen Vortrag mit einer Erinnerung innerhalb des Befreiungsverfahrens bestraft. Sein Vergehen bestand nach Ansicht der Behörde darin, daß er, wie es in der Ministerial-Entscheidung vom 26. Februar 1912 heißt, sich nach Anhörung des Vortrages (Schillers) mit seinem Worte gegen die darin enthaltenen, mindestens teilweise auf seine vorgelesene Lehre abzielenden Bemerkungen gewendet, mehr dem Rechtsanwalt Dr. Schiller ohne jede Einschränkung den Dank des Vereins ausgesprochen, auch als Vereinsvorstand seinerseits unternommen hat, um zu verhindern, daß der Vortrag ebenso wie frühere andre im Verein gehaltene Vorträge in der Leipziger Lehrerzeitung ... abgedruckt wurde".

Am 18. Juni 1912 sprach der Landtagsabgeordnete Herr Dr. Böhme im konservativen Verein zu Dresden über das Thema: Die Tätigkeit des letzten Landtags, und lobte dabei auch Kritik am Kultusminister Dr. Beck. Die Dresdner Nachrichten berichteten darüber:

Die Haltung des Kultusministers habe sich nicht als einheitlich und bestimmt erwiesen in dem hochwichtigen Entwurf des Volkschulgesetzes. Der Herr Kultusminister sei ein eminent lutherischer Mann, auch ein ausgezeichnete Debatterebenner, aber trotz aller dieser Bedeutung doch kein glücklicher Käffner. Bei grundlegenden Fragen, wie beim Volkschulgesetz, könne es gar kein Jurist geben. Da siehe es: Niemand oder niemand kann den Lehrern unbedingt das Recht einräumen, ihre Meinung zum außerordentlichen zu vertreten, auch gegenüber ihren Vorgesetzten, aber das dürfte nicht in vorliegender Form geschehen. Der Herr Kultusminister habe es verschuldet, daß hier ein Lutherer Ton vielfach eingerissen sei.

Achthafte lautete der Bericht im Dresdner Anzeiger. Die Dresdner Neuesten Nachrichten schrieben dazu in Nr. 106:

Herr Oberlehrer Thümmler, der Vorsitzende des konservativen Vereins und Leiter der heraprominenten Freiheit, in der die Ministerien vertreten werden, kann vielleicht wenigstens dem Kultusminister, der ja, wie angegeben wird, außerordentlich begabt, mit dem „Man“ aber sonst wenig anfreudet ist, Nachhilfestunden geben, damit er erfaßt, wie man ein mögliches Gesetz zu Fall bringe, wenn es den Konservativen nicht paßt, und auf keinen Fall die Motivierung anderer Gruppen annehme, wenn „Wir“ nicht dabei sind. Herr Meissner geht zwar kontrovers mit den Lehrern ins Gericht, die hat Kritik an Lehrerentwürfen oder eigene Meinungen erlaubt. Aber es ist erstaunlich, daß auch einmal Freiheiten gestattet werden, daß ein Oberlehrer präsidiert dort, wo sein oberster Chef persönlich in so geschmackvoller Weise genannt wird.

Herr Oberlehrer Dr. Thümmler, der Vorsitzende des konservativen Vereins zu Dresden und Leiter der in Frage kommenden Verfassung, ist nun nicht etwa in ein Besserungsverfahren genommen worden, wohl aber fürstlich zum Stadtgericht von Dresden befördert worden.

Es kommt also in Sachsen weniger darauf an, was zur Kritik der Volkschulreform gesagt wird, als wer es sagt. Vor allem scheinen kritische Randbemerkungen auch der flottilen Art gestattet zu sein, wenn sie nur reaktionären Charakters sind.

Rückgang der Bierproduktion.

Die Zahl der in Betrieb befindlichen Brauereien ist in Sachsen während der letzten zwölf Jahre in auffallender Weise zurückgegangen. Nach den Mitteilungen der Königl. General-Holzdirektion im statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen gab es im Rechnungsjahr 1899/1900 noch 649. Seitdem fiel die Zahl der sächsischen Brauereien stetig von Jahr zu Jahr, und 1910/11 gab es deren nur 487. Auch die Menge des hier gewonnenen Bieres ist gewaltig gesunken. Sie betrug 1899/1900 insgesamt 4764000 Hektoliter, stieg dann bis zum Jahre 1905/06, dem Jahre des höchsten Bierausstoßes, bis auf 5006000 Hektoliter, fiel aber seitdem wieder und 1910/11 wurden in Sachsen nur noch 3989000 Hektoliter Bier gewonnen.

Von den sächsischen Sparassen.

Bei den 359 Sparassen des Königreichs Sachsen wurden im September d. J. insgesamt 257800 Einzahlungen mit einem Betrag von 27 624 662 M. und 144 227 Rückzahlungen im Betrage von 23 938 887 M. geleistet. Dem gleichen Monat des Vorjahrs gegenüber bedeutet dies eine Zunahme der Einzahlungen um 12 952 Posten weniger, dagegen ist die Zahl der Rückzahlungen um 72 Posten geringer; dagegen ist die Zahl der Rückzahlungen um 8087 Posten gegen den September des Vorjahrs geringer, auch wurden insgesamt im September d. J. 103 579 M. weniger zurückgezahlt als im September 1911. – Die Gesamtzahl der Einzahlungen und Rückzahlungen im dritten Quartal 1912 belief sich auf 878 902 und 473 917, gegen 837 632 Einzahlungen und 449 278 Rückzahlungen im entsprechenden Quartal 1911. Im Jahre 1911 überwogen auch im Juli und August die Einzahlungen die Rückzahlungen um 4 816 729 M. und um 6 430 267 M. und blieben im September um 3 280 777 M. hinter den Rückzahlungen zurück. Am Vorabend waren die Sparassen zusammen im September 1912 aufzuweisen: 8 054 162 M. gegen 8 889 159 M. im gleichen Termint des Vorjahrs.

Pirna. Die hiesige Ortskranenkasse wird seit ihrer Einführung gegen eine prozentuale Vergütung durch den Stadtrat verwaltet; dieser stellt sowohl die erforderlichen Beamten als auch die Lokalitäten. Da nun eine Vermehrung der Beamten wie auch sonstige Änderungen sich nötig machen, will der Rat jetzt wissen, ob das Vorbestehen des derzeitigen

Verhältnisses gewünscht wird oder nicht. Er hat deshalb eine Anfrage an den Vorstand der Kasse gerichtet. Im allgemeinen bildet diese Verwaltung durch die Stadt eine Ausnahme, so daß in keiner Stadt Sachsen ein gleiches Verhältnis vorliegt.

Plauen. Im vergangenen Jahre richtete die methodische Abteilung des hiesigen Lehrervereins an den Stadtrat ein Geheft um Errichtung von Reform-Klassenzimmer nach folgenden Grundrissen: Die Verschlußklasse umfaßt zwei Schuljahre. Innerhalb dieser zwei Jahre bleibt die Klasse in der Hand eines Lehrers. Dem Lehrer ist das Ziel des zweiten Schuljahrs verbindlich.

Das Geheft wurde vom Stadtrat genehmigt. Die Reformklassen werden voraussichtlich nächste Ostern errichtet. Dadurch werden die Eltern, die nächstes Jahr ein Kind der Schule zu führen, vor die Entscheidung gestellt, ob sie es in einer Reformklasse unterrichten lassen wollen oder nicht. Es handelt sich bei diesen Reformklassen hauptsächlich auch um Versuche mit dem sogenannten Arbeitsunterricht.

Krimmischau. Einen glänzenden Sieg haben unsere Genossen bei der Stadtvertretungswahl errungen. In der ersten Abteilung, in der die Bürger mit einem Einfluss bis zu 1400 M. wählen, vereinigten unsere Genossen Frieder und Schulter 1157 resp. 1158 Stimmen auf sich. Die Kandidaten der Gelben brachten es nur auf 921 bzw. 819 Stimmen. Vor einigen Jahren trugen sich die bürgerlichen Parteien noch mit der Hoffnung, mit Hilfe der von den Unternehmern gegründeten nationalen Arbeiterorganisation die Sozialdemokratie aus dem Stadtparlament zu vertreiben. Einmal blieben die Gelben auch nur um wenige Stimmen hinter den sozialdemokratischen zurück. Diese Wahl wurde damals für ungültig erklärt, bei der erneuten Wahl stiegen aber die sozialdemokratischen Kandidaten wieder, und zwar mit einer etwas größeren Mehrheit. Seitdem ist es aber mit der gelben Truppe immer weiter rückwärts gegangen.

M. Chemnitz. Eine Lokomotive vom Bahnhof am Augustusplatz. Im Nachbarort Siegmar ist eine neue Bahnbahnführung an der Höher Straße gebaut worden. Zur Erprobung des neuen Bahndamms fuhr am Donnerstag vormittag eine Probekomotive mit Tender die neue Dammschwelle entlang. Dabei kam es zu einem schweren Unfall. Der durch den in den letzten Tagen niedergegangenen Regen aufgeweichte Bahndamm hielt die Last nicht aus, er gab nach, und die Lokomotive stürzte den 5 Meter hohen Bahndamm herab und sank in den Lehmbooden ein. Der Lokomotivführer Dost und der Hilfsmechaniker Lorenz sprangen bei dem Unfall von der Lokomotive ab. Während Lorenz mit leichten Verletzungen davon kam, erlitt Dost einen schweren Oberschenkelbruch.

Alte Reaktionen aus dem Lande. Der in Klingenberg auf Grund der Photographicie im Bahndammbau festgestellte Tatverdächtige hat sich als ein überaus gescheiterter Mensch erweist, der in verschiedenen deutschen Städten auch Hochstapler verübt hat. Er ist des Mordes verdächtig, doch ist ihm bisher nicht zu widerlegen gewesen, daß bei dem Vorfall im Rheinland eine Spur mit dem Revolver den Tod des Arbeiters verübt hat. Seinen Namen gibt der Verdächtige mit Daniel Longtar an; jedoch ist anzunehmen, daß dies der richtige Name nicht ist. Der Verdächtige befindet sich jetzt im Thüringer Gerichtsgefängnis. Man fand bei ihm zwei geladene Revolver. —

Dem jugendlichen Dienstleiter Alfred Vertram in Leipzig bei Burgen ging beim Kohlenfahren ein Rad des beladenen Wagens über den Leib, wodurch eine Lungen- und Milzverletzung herbeigeführt wurde. Der Verunglückte starb bald darauf. — Zöllig verunglückt ist in einer Sappenfabrik in Boden-L. Erzbach, der 15 Jahre alte Arbeiter Clemens. Er geriet sofort starb. — Auf dem Steinholzwerk Gotics Segen in Buggau wurde der Häuer Hugo Wettberg aus Kirchberg von einem eindrückenden Schlag verletzt und getötet. Der Getötete hinterließ eine frische Frau und sieben Kinder. — Ihren Verletzungen erlegen ist die 21jährige Tochter von Toni der Fischverschleuter Eberhard in Ruppertsgrün, die Dienstag beim Festlegen eines Auges auf dem Bahnhof überfahren und schwer verletzt wurde. — In Radebeul wurde in der Mittwochacht durch ein Großfeuer das aus zwei Wohnhäusern und zwei Scheunen bestehende Uhlemannsche Anteile vollständig in Asche gelegt. Die Feuerwehr hatte große Mühe, die benachbarten Häuser vor dem Feuer zu retten. Ein Händelsgeiger, der aus dem brennenden Gebäude zwei Tausendmarkstücke retten wollte, geriet in höchste Lebensgefahr. Das Papiergebäude brannte jedoch jedoch. Desgleichen wurde ein Lager im Werte von 8000 Mark zerstört. Der Materialschaden ist bedeutend und beträgt insgesamt 30000 Mark. Als Entschädigung wurde eine Brandstiftung angenommen.

Stadt-Chronik.**Die „soziale“ Vorstadt Reit.**

Am Donnerstag wurde ein Bezirkstag der Amts-Hauptmannschaft Dresden-Altstadt abgehalten, um Stellung zu nehmen zu der Einverleibung der Vorstadt Reit. Die Amts-Hauptmannschaft hatte eine Denkschrift ausarbeiten lassen, in der es u. a. heißt: Auf Seiten der Gemeinde Reit können keine wesentlichen objektiven Gründe erkannt werden, die eine Vereinigung mit Dresden nötig machen. Die Gemeinde hat gut gebaute Straßen, günstige Verbindung mit der Stadt, Wasserversorgung, Gas, die bequeme Möglichkeit, Elektrizität einzuführen, vertragmäßig gesicherte Beschleunigungsbefreiung, eine bequem gelegene Sparkasse, ein entwickelungsfähiges Schulwesen, Personen- und Güterbahnhof mit günstigen Anschlüssen und in der südlichen Gasanstalt schon eine wertvolle Stütze, zu der bei der zu erwartenden Ausbreitung der Industrie in dem hierfür besonders geeigneten Gemeindebezirk Reit zweifellos noch weitere starke Steuerzahler hinzukommen werden. Selbst der Wunsch nach einer Straßenbahnverbindung mit Dresden würde auch ohne Einverleibung zu erfüllen sein. Andererseits ist anzuerken, daß die Stadt Dresden ein großes finanzielles Interesse an der Einverleibung Reits haben mög., weil dort die städtische Gasanstalt liegt und deshalb hohe jährliche Gemeindeabgaben erzielt werden. Der Bezirksschulrat hat deshalb gesagt, daß, wenn es der Stadt nach langen Verhandlungen und unter erheblichen Zugeständnissen endlich gelungen ist, mit dem Gemeindeverband auf die Einverleibungsbedingungen einig zu werden, auf die Interessen der benachbarten Stadt billige Rücksicht nehmen und der Einverleibung in diesem besonderen Falle nicht grundsätzlich entgegenzutreten zu sollen. Er verzerrt dabei allerdings die Ansicht, daß ähnliche Gründe wie bei Reit von der Stadt Dresden einzig bei einer anderen Gemeinde des Bezirks kaum zugunsten einer Einverleibung werden geltend gemacht werden können. Besonders wünschen Neuerwerbungen von im omtsgouvernementlichen Bezirk

gelegenen Gas- oder Elektrizitätswerken durch die Stadt Dresden sein billigerweise zu berücksichtigendes Interesse der Stadt mehr begründen können, weil beim Abschluß solcher Käufe schon die mit dem Meider Gaswerke getätigten Erfahrungen vorgelegen haben.

Die Zustimmung zur Eingemeindung Reids mußte — so wird weiter ausgeführt — zur Voraussetzung haben, daß die finanzielle Einbuße, die den Bezirksverband dadurch trüft, wenigstens bis zu einem gewissen Grade durch eine entsprechende Gegenleistung der Stadt Dresden aufgewogen wird. Diese darf nicht nur den augenblicklichen Bezirkssteuerausfall aufwiegen, sondern muß auch die Entwicklung berücksichtigen, die die wegfallende Gemeinde wahrscheinlich ohne die Einverleibung genommen haben würde. Die Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß eine Verlängerung des Vertrages über die Einverleibung der früheren Landgemeinden Löbtau, Plautau, Cotta, Böhlitz, Naundorf, Räcknitz und Fischeritz vom 4. November 1902, der bis zum Jahre 1918 laufen sollte, um weitere 12 Jahre, also bis 1930, erreicht wurde. Dresden hat während der Vertragsdauer für die Nutzung der Bezirksanstalten außer den für die Ortsarmenverbände des Bezirks geltenden Verpflegssätzen eine Entschädigung von 10 500 M. zu zahlen. Da anzunehmen ist, daß wegen steigender Generationslosen in den 12 neu hinzugekommenen Vertragsjahren nur 1500 M. im Jahresdurchschnitt als Ertrag für Bezirkssteuerausfall übrig bleiben werden, so ergibt dies zusammen 18 000 M. Entschädigung. Weiter ist der Jahreszuschuß der Stadt Dresden zu den Bezirksanstalten bereits vom Jahre 1913 von 10 500 auf 16 500 Mark erhöht worden, wobei die Zahl der von Dresden zu beanspruchenden Verpflegstage die gleiche geblieben ist. Dies bedeutet für die Zeit von 1913 bis 1930 eine Entschädigung von 108 000 M. Eine weitere einmalige Entschädigung von 60 000 M. für Bezirkssteuerausfall ist acht Tage nach der Einverleibung fällig. Weiter verzichtet Dresden auf den Anteil Reids am Bezirksvermögen: 2813,78 M. Dem Bezirksverband fließen somit vertragsmäßig 188 813,78 M. Entschädigung zu.

Bereits ist diese auf den ersten Blick reichlich erscheinen mag, so sei doch aus folgendes hinzunehmen: Reit steht noch am Anfang seiner Entwicklung. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß es sich mit der Zeit zu einem Industrieort — ähnlich Löbau, Cotta und Plauen — entwickelt; jedenfalls sind alle Voraussetzungen dazu gegeben auch besteht kein Grund zu der Annahme, daß eine solche Entwicklung ohne Einverleibung nach Dresden unterbleiben würde. Zurzeit werden in Reit 39 508 M. Staatssteuern aufgebracht und $3\frac{1}{2}$ Prozent dieser Summe fließen dem Bezirksverbande als Bezirksteuern zu. Sobald sich aber das Staatssteueraufbringen der Gemeinde vervielfacht und gleichzeitig der Bezirksteuerfuß auf 5 Prozent erhöht haben würde, würde die Bezirksteuerleistung der nicht einverleibten Gemeinde Reit schon rund 8000 M. betragen und einem Entschädigungskapital von 200 000 M. entsprechen. Wenn also wegen der Einverleibung eine Entschädigung am höhernden dieser Höhe an den Bezirk gewährt wird, so kann sie keinesfalls als zu hoch bezeichnet werden. Es braucht nur davon eingewiesen zu werden, daß der Vorort Löbau, dessen Gebiet genau so groß ist wie das von Reit (208 Hektar), zurzeit und 400 000 M. Staatssteuern aufbringt gegen rund 214 000 Mark zur Zeit seiner Einverleibung, also bei 5 Prozent Bezirksteuerfuß 20 000 M. jährlich an den Bezirksverband abführen würde, wenn er noch dazu gehörte. Da es sich bei jedem bezüglich der künftigen Entwicklung von Reit nur um eine Wahrscheinlichkeitsrechnung handelt, deren Verwirklichung an unvorhergesehenen Ereignissen scheitern kann, wird empfohlen, sich mit den von Dresden angebotenen Entschädigungen zu begnügen und dem Vertragsabschluß zuzunehmen.

Die Angst vor der Konkurrenz

Die Angst vor der Konkurrenz. Die Internationale Vereinigung ernster Bibelforscher, eine streitende Sekte, die neuerdings auch in Dresden Fuß gesetzt hat, betreibt eine eifrige Propaganda ihrer Ideen. Zu diesem Zweck hat sich die Vorsteherin der Dresdner Gruppe, eine Frau W., einen Wandergewerbeschein für die Verbreitung religiöser Schriften ausstellen lassen. Vor einiger Zeit hat nun die Polizeidirektion, gestützt auf ein Gutachten der Kirchenbehörde, der Frau die weitere Verbreitung dieser Druckschriften untersagt. In dem Gutachten wird nämlich behauptet, die Schriften seien wegen ihrer unglaublichen Verworrenheit geeignet, in religiöser Beziehung Angst zu erregen. Das um so mehr, weil sie an der biblischen Forschung vorübergingen. Ein hiergegen eingelegter Rekurs wurde von der Kreishauptmannschaft verworfen. Die Ansehungslage wurde jedoch, angeblich wegen eines Formfehlers, vom Oberverwaltungsgericht beachtet, das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Verwaltungsgericht zurückverwiesen. Die Polizeidirektion führte eine abermalige Aussprache der Kircheninspektion herbei. Diese gab nunmehr zu, daß die Schriften an sich zwar nicht geeignet seien, in religiöser Beziehung Angst zu erregen, daß in ihnen auch nicht die religiösen Unterlagen bestritten oder lächerlich gemacht würden, dagegen bewies man wieder auf ihren verworrenen Inhalt, und vor allem behauptete man eine aufdringliche Form der Kolportage. Diese erblickte man hauptsächlich darin, daß die Schriften in die Häuser der evangelisch-lutherischen Christen getragen würden. Dadurch sollte in erster Linie „Angst“ erzeugt werden. Die Polizeidirektion ist deshalb bei ihrer Entschließung stehen geblieben. In dem Rekurs wurde gesagt, die Bibel enthalte viele Widersprüche, die Verworrenheit liege nicht auf Seiten der Wehrheit, sondern des Glaubensbekennnisses und der Kircheninstitution. Die Propaganda geschehe in derselben Weise, wie sie auch die Kirche betreibe, sei also keineswegs ungesetzlich. Das Oberverwaltungsgericht habe zum Ausdruck gebracht, die Kreishauptmannschaft möge in sachlicher Beziehung erwägen, ob ihre Entscheidung lediglich auf das Gutachten der Kircheninspektion zu stützen sein werde, und ferner feststellen, inwiefern und wodurch die Art und Weise der Propaganda geeignet sein solle, Angst zu erregen. Das Verwaltungsgericht hat den Rekurs abermals als unbegründet zurückgewiesen, sich dabei auch diesmal hauptsächlich auf das — Gutachten der Kirchenbehörde (also der Konkurrenz) gestützt.

Es fehle — so wurde ausgeführt — auch nicht an Auseinandersetzungen in den Schriften, die unmittelbar verlebend wirken können, so die Heraufwürdigung der Glaubenslehre auf den Seminaren. Die aufdringliche Form der Propaganda erblieb man in der Verbreitung der Schriften an Underschulende. Die israelitische Gemeinde habe sogar wegen Bestätigung ihrer Mitglieder polizeilichen Schutz angerufen. — Die Seite will nun die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts anstreben.

Die Selle muß den stürzern sieben, denn auf der Seite der mächtigeren Konkurrenz steht die Staatsgewalt.

Streit um ein Steinobjekt

Die Herausziehung der König-Friedrich-August-Mühle zu den Gemeindeanlagen in Coschütz, Döhlchen und Dresden hat schon seit Jahren den drei Gemeinden, auf deren Bezirke sich die Unternehmungen der genannten Firma erstrecken, große Schwierigkeiten bereitet. Zahlreiche Steuerprozesse waren die Folge. Um schließlich einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, wurde ein gemeinsamer Maßstab für die drei Gemeinden aufgestellt. Zwischen haben sich aber die Verhältnisse der Firma total verändert. Sie der Firma ist jetzt Coschütz und Döhlchen; das Unternehmen, so weit es in Coschütz liegt, ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und in Döhlchen hat man eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht gegründet. Dagegen liegt im Dresdner Gebiet nur noch ein altes Mühlengrundstück. Die Firma hat nun die Amtshauptmannschaft erjucht, festzusehen, nach welchem Verhältnis sie an die einzelnen Gemeinden Steuern zu zahlen hat, sie beantragt, die Abteile festzusehen und anzusprechen, ob für deren Berechnung die Höhe des Arbeitslohnes oder des Umsatzes maßgebend sein soll. Da die Amtshauptmannschaft diese Frage nicht allein zu entscheiden wagte, hat sie unter Zustimmung des Bezirksausschusses beschlossen, einen Sachverständigen aus dem Mühlenbaufache zu hören. Die Gemeinde Coschütz hat zwar gegen den in Aussicht genommenen Sachverständigen Wider spruch erhoben, jedoch ohne Erfolg. Der von dem Sachverständigen prozentual festzustellende Maßstab gilt so lange, als sich die Betriebsverhältnisse der Firma nicht wesentlich ändern.

Arbeiterrisiko. Auf dem Holzlagerplatz von Gutherz an der Siebenlebner Straße verunglückte der 42 Jahre alte Arbeiter Franz Fleisch, Wernerstraße 29 wohnhaft, dadurch, daß ein Stoß Bretter, der von einer Lore herabfiel, ihm das rechte Bein zerstörte. Er wurde nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht.

Der Christmarkt beginnt Mittwoch den 18. Dezember und endigt Dienstag den 24. Dezember, abends 9 Uhr. Sonntag den 22. Dezember ist das Feilhalten nur von 11 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends gestattet. An den übrigen Markttagen dürfen die Verkaufsstände bis abends 10 Uhr offen gehalten werden. Der Christmarkt ist nur zur Erleichterung des Warenabtriebes hiesiger Bürger und Einwohner bestimmt. Auswärtigen Händlern ist das Feilhalten nur insofern gestattet, als sie ein alles Recht hierzu besitzen. Die hiesigen Inhaber von Christmarktsverkaufsständen dürfen nur ihre Angehörigen oder solche Personen als Verkäufer verwenden, die ständig in ihren Diensten befinden oder ihren dauernden Wohnsitz in Dresden haben. Jnn Feilhalten bedarf es in jedem einzelnen Falle der Erlaubnis der Marktverwaltung. Die Anweisung der Verkaufsplätze erfolgt für die Alstadt durch die Inspektion der Markthalle auf dem Antoniplatz, für die Neustadt durch die Inspektion der Neustädter Markthalle, Ritterstr. 1.

Ein Disziplinarverfahren gegen den früheren Löbtauer Gemeindevorstand Weigert, der nach der Einverleibung von Löbau aus als Bürgermeister nach Tegel bei Berlin ging, hat am Freitag vor dem Kreisausschluß Niederbarnim stattgefunden. Es handelte sich um Privatangelegenheiten, die dem Bürgermeister die vorläufige Suspension vom Amte eingetragen haben. Wir berichteten seinerzeit darüber. Die Disziplinarverhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nach sechsstündiger Sitzung ist auf Dienstentlassung als Amtsvertreter mit Belassung von vier Fünfteln der festgesetzten Pension erkannt worden. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß Weigert als tüchtiger Beamter die Entwicklung des Ortes in bester Weise gefördert habe. Weigert hat gegen die Entscheidung Berufung beim Oberverwaltungsgericht eingelegt. Er war Gemeinde- und Amtsvertreter. Was die letztere Stellung betrifft, so wurde er in der jetzigen Verhandlung als Gemeindevorsteher als nicht dem jetzigen Disziplinarverfahren unterliegend angesehen, und zwar auf Grund der von ihm selbst seinerzeit für den 1. Mai 1912 beantragten, inzwischen erfolgten Revisionsweisen Entlassung aus dem Amte. Weigert bezieht vermutlich auch noch eine ansehnliche Pension von der Stadtgemeinde Dresden, die ihm bei der Einverleibung Löbaus genehmigt worden war. Er braucht also trotz aller dieser Geschichten keine Not zu leiden, hat vielmehr durch die Pension sein Schäfchen im Trockenen.

Bezirk Cotta. Morgen Sonnabend abend findet im Künstlerhaus der zweite Vortragsabend des Genossen Rühle über die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre statt. Genossinnen und Genossen, die noch an dem Kursus teilnehmen wollen, können sich melden, da der erste Vortrag nur als Einleitung gesehen ist.

— 1 —

Gewerbege richt. Die Auszahlung der Löhne ver mittels Lohnbeutels mög für Unternehmer — besonders in größeren Betrieben — manche Vorteile haben, für die Arbeiter entstehen dadurch aber auch oft Nachteile, wie die vielen Klagen in der letzten Zeit beweisen. Bei der Firma Johann Dobrivo ist das Lohnbeutel-
tem eingeführt. Die Firma hat die transparenten Lohnbeutel,

beren Inhalt vor dem Deffinen zu zählen ist. Der Kläger behauptet nun, es hätten an dem Inhalt 10,00 M. die er jetzt fordert. Die Beflagte hält das für ausgeschlossen und erkennt die Reklamation nicht an, weil der Lohnbeutel, so war. Der Kläger behauptet aber, er hätte den Beutel in einem von zwei Zeugen geöffnet, die jetzt außerhalb arbeiten. Der Siermar, der das Geld in die Lohnbeutel hineingebracht hat, für ausgeschlossen, daß er sich dabei um die eingetragene Summe gäbt habe. Um der langwierigen Fortsetzung des Prozesses zu geben, zahlt die Beflagte vergleichsweise 5,00 M.

Aus der Umgebung.

Ludwig. In der am Dienstag stattgefundenen Gemeinderatssitzung stand u. a. auch wieder künftige Zusammensetzung des Gemeinderats auf der ordnung. Welch ein großes Interesse die hiesigen Einwohner dieser Frage haben, zeigte die aus etwa 50 Personen bestehende Zuhörerzahl. Nachdem unsere Genossen die Sitzung durch Verlassen beschlußunfähig gemacht hatten, erließ ein Entwurf auf Teilung der Unanträglichen in aller Eile durchgepeitscht worden. Der Entwurf enthielt, daß die Unanträglichen die Wettbewahl mit einer Dreiklasseneinteilung die Arbeiterklasse entfallen drei Vertreter. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß die Gewerbetreibenden ebenfalls im Gemeinderat vertreten seien; ebenso sei die Gemeindesteuerreform im Landtage noch nicht verabschiedet, obliege doch wenigstens dies noch abzuwarten. Unser Ludwig ist sonst ein Klitschker, und man läme aus der Schachkastenfügen nicht mehr heraus. Trotzdem wurde der Entwurf angenommen. Den Bürgerlichen war es hauptsächlich zu tun, schon bei der nächsten Wahl unter einem vorgegebenen Modus zu wählen. Für den Fall, daß Ludwig im Innern einer größeren Landgemeinde nicht mehr bestimmt werden, wurde ein Eventualentwurf, ebenfalls auf Teilung der Unanträglichen, angenommen. Vorgesehen ist dabei für die Arbeiterklasse ein Einkommen von über 1900 M. Jede Klasse erhält einen Vertreter erhalten. Unsere Genossen verlangten eine Abmilderung des Einkommens der Wähler der zweiten Klasse. Dabei stellte sich heraus, daß die zweite Klasse drei Vertreter bekommen müßte. Darauf wurde die Grenze auf 1600 M. festgestellt.

Denken. Wir machen die Parteigenossen nodt
n am nächsten Sonntag stattfindenden Theatertage
verksam. Zur Aufführung gelangt Max Halbes „
Partien sind bei den Beitragssammeln zu entnehmen.
Bei einer vorgestern vorgenommenen Hand-
werden 106 neue Mitglieder für den Sozialdemok-
ratie geworben.

Gerichtszeitung.

Geflügelnengericht.

Im Monat August d. J. tauchten bei hiesigen Gebrüdern
gemachte Zweimarkstücke auf. Die polizeilichen Ermittlungen
wurden auf den Adressenreichthum Hirsch und einen
unbekannten Herrn ausgedehnt, und im Oktober gelang es, beide in Erfahrung
zu bringen. Der Angeklagte gab an, den G. in Hannover kennengelernt und hier wieder getroffen zu haben. Er sei im
Vorjahr aus dem Dienst entlassen worden, und habe sich darauf verpflichtet, dem G. behilflich zu sein.
Die nachgemachten Zweimarkstücke in Umlauf gebrachte Sache
wurde von dem Nachmittagsblatt in den Nachmittagsstunden seine Entfernung und
einen Falsifiziat. H. wurde zu 10 Monaten Gefängnis
und einem Echtheitsverlust verurteilt.

Der 31jährige Lithograph Bruno Eugen Grohmann
neinschaft mit einem gewissen Dobereck am 4. Oktober
flucht, nochgenaute 50-Frankenscheine der Bank du Franc
en. Der Geschäftsinhaber erkannte aber die Fälschung
wähle die Arrestur. D.s. G. hatte den Vorgang zuje
ns beobachtet und ergriß die Flucht. Die Spur der
oben. Die hiesige Kriminalpolizei erhielt telegraph
ung und noch ehe die aus Paris hierher gesandten Zei
mitten waren, hatte man G. schon festgenommen.
ung der Banknoten hatten sich die beiden Geldmude
usstrafe ein Maleratelier gemietet. Hier fand man
ine, Platten, Papier und alles gut Herstellung das
e Werkzeug, sowie 244 fertige und eine Menge
frankscheine. Nach Verlesung des Eröffnungsbeflue
ffentlichkeit ausgeschlossen. Grohmann wurde zu
lonaten Buchtheus, 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und
r Polizeiaussicht verurteilt. Sämtliche Gerätschaften
wurden eingezogen.

Landgericht.

Ein Einwirker.

Der Abtsteller Iwan Alfred Gundesmann kaufte
der Firma Jonas u. Komp., Juwelen- und Goldwaren
Berlin, auf Abzahlung einen Brillantenring im Wert von
auf er 20 R. anzahle und sich zu monatlichen Raten von

Die Raten hat er aber nie bezahlt. Als Leipzig zu warten. Zur Begehung führte er aus, daß bis jetzt noch nicht mit Sicherheit feststehe, welches der drei Systeme, Elektro-automobil, Benzinfahrzeug oder benz-in-elektrisches Auto, den Vorzug verdiente. Wenn man deshalb heute die im Auschlagsgutachten geforderten drei Wagen bestätige, gesäßt man nur die Einheitlichkeit des Systems. Man soll lieber noch einige Zeit warten.

Stadt. Weitlich II bemerkte, ihm sei ein Streifen angelommen, als er sich die Vorlage näher angesehen und an die notwendig werdende Anteile von Millionen gebacht habe. Man müsse sich überhaupt fragen, ob es denn unbedingt notwendig ist, schon jetzt eine Aenderung des Feuerlöschwesens herbeizuführen. Der Rat behauptete selbst nicht die dringende Notwendigkeit, und da die Sachverständigenansichten über die Frage, welche von den drei Systemen das bestreit sei, noch sehr weit auseinanderliegen, sei anzuraten, mit der Anschaffung der Wagen wenigstens noch bis zur Leipziger Baufach-Ausstellung zu warten. Bleibst sehr man dort noch etwas Neueres und Praktischeres. In der Vorlage wurden u. a. 1 Branddirektorenwagen und 4 Offizierswagen gefordert, das sei, wenn man bedenke, daß die Offiziere überhaupt keine separaten Wagen hätten, entschieden zuviel. Die Offiziere gehörten zu den Mannschaften. Weder stellt im Interesse der städtischen Finanzen den Antrag, insgesamt nur 3 Offizierswagen zu beauftragten.

Stadt. Göttert wendet sich gegen den Vorredner, indem er das Protestieren gegen von der Firma willkürlich vorgenommene Änderungen im Tarif, wodurch die Arbeiter benachteiligt sind, gilt als Auszeichnung und wird mit sofortiger Entlassung "gefällt". So erging es gestern fünf Hofsäbeltern, die nicht ohne weiteres damit einverstanden waren, daß ihnen die Firma ohne weiteres ihren Lohn fürzte. Die dort noch beschäftigten Kollegen werden sich nun genau so wie die Entlassenen weigern, die Arbeit zu noch ungünstigeren Bedingungen als bisher auszuführen. Wir ersuchen alle Arbeiter, Arbeitsangebote als Hilfsarbeiter bei der Firma abzulehnen, respektive erst bei uns Erklärungen einzuholen. Kein ehrlicher Kollege soll in der heutigen Zeit der enormen Teuerung einen Unternehmer bei der Absicht, die Löhne zu senken, unterstützen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahllose Niederdrücke.

Aufland.

Lohnbewegungen.

Weil in Göppingen 29 Spulerinnen streiken, hat der Süddeutsche Textilindustrieverband über ganz Württemberg die Ausprägung verhängt. Es wird dringend ersucht, alle Arbeitsangebote nach Württemberg abzulehnen. Besonders zu meiden folgende Firmen: Baumwollspinnerei Brühl bei Esslingen, Baumwollspinnerei und Weberei Hornbach in Unterurach, Baumwollspinnerei Bietigheim und Kammgarnspinnerei Mettel u. Rienlin in Esslingen.

Neues aus aller Welt.

Tödliche Fliegerabstürze in Frankreich.

Giampet. 21. November. Der Unteroffizier Giampet Laurent ist aus hundert Meter Höhe abgestürzt und nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlegen. Der ihn begleitende Flugpilot wurde leicht verletzt.

Paris. 21. November. Am Aerodrom zu Rehén bei Rheims wurde heute nachmittag der Aviatiker André Frey, einer der bekanntesten französischen Piloten, von einem tödlichen Unfall betroffen. Der Flieger war mit einem neuen Henriot-Gleider, 100 Meterhöhe, aufgestiegen, den er zu erproben hatte. Nach einigen sehr schönen Minuten über das Flugfeld verstummte das Geräusch des Motors plötzlich und in demselben Augenblick riss die Apparatur, den ein Windwirbel erfaßt zu haben scheint, feurlich und stürzte dann fast aller Anstrengungen des Piloten, um wieder aufzurücken, aus jähm Meter Höhe zu Boden. Als mehrere Personen, die Augenzwinge des Unfalls waren, zur Stelle standen, hauchte Frey, der Franzose ist, ist nicht mit dem Aviatiker gleichen Namens, der als erster über Berlin dahinslog, zu verwischen.

Eine Revolte im Gefängnis.

Rosendorf. 21. November. Im biegsigen Rivilis-Gefängnis brach in dem Augenblick, als der Oberaufseher den Gefangenen das Essen brachte, eine Meuterei aus. Die Gefangenen schnitten dem Oberaufseher die Kette durch und entzissen ihm den Revolver. Seiner Frau, die zur Hilfe herbeilte, erging es ebenso. Ein Matrose, der den Oberaufseher verteidigen wollte, wurde durch zwei Schüsse schwer verwundet. Beamte und Truppen, die herbeiliefen, fanden einen zweiten Aufseher in einer Zelle ermordet mit abgeschossenen Kopf auf. Die Gendarmen verfolgten die Meuterer in das zweite Stockwerk. Dabei erhielt ein Unteroffizier einen Schuß und einen Kommissar wurde die Kleider zerstört. Zwei gefangene Matrosen verbarrikadierten sich in beide. Im ganzen wurden fünf Personen getötet und drei verwundet.

Schrecklicher Tod.

Petersburg. 21. November. Gestern hat hier ein in der Petersburger Gesellschaft bekannte Diplomat einen tragischen Tod gefunden. Dem in diplomatischer Angelegenheit hier weilenden Sekretär der russischen Botschaft in London, Fürst Wassili Dmitriewitsch, der im Hotel Europe abgelegen war, ergriff während des Frühstücks sein tödliches Leben. Der Fürst verschluckte den größten Teil des Beifusses. Ein Jahr geriet in die Luftwöhre und von da in die Zunge. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe war Wassili rettungslos verloren. Er starb nach 24 Stunden durchzehren Qualen, die durch starke Morphiumdosen etwas gelindert wurden.

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

■■■ Illustrierter ■■■ Neue Welt-Kalender für das Jahr 1913 Siebenunddreißigster Jahrgang

Inhalt: Kalendarium. — Postalische.

— Beachtenswerte Adressen. —

Statistisches. — Rückblick (mit Illustration).

Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres.

Die Vorgänge im nahen und

fernen Osten. Von Dr. A. Conrady (mit Illustrationen). — Die Frankfurter Taverne.

Der Feuerlöschwesen und die Feuerwehr in den Städten Frankreichs.

Die Feuerwe

Greting den 22. November 1912

Dresdner Volkszeitung

Dresden der Kinderschutzkommunissen.

4. Kreis: Auguste Beinhorn, Görlicher Straße 23, Hermann Haniel, Blaumühle 11, Bruno Schneider, Bischofsplatz 6, Hermann Stern, Barbarastraße 51, Rudolf Werner, Frauentorberger Straße 60, 1., Anna Berger, Ritterstraße 20, 2., Anna Bischöflich, Hauptmannstraße 14, part., Paul Weigelt, Döbauer Straße 12, 2., Anna Dittmann, Döbauer Straße 14, 4., Anna Gößler, Döbauer Straße 4, 2., Hedwig Kunz, Königstraße 21, 1., Gottlob Schäntzel, Martenstraße 38, 2., Max Wartmann, Königsbrüder Straße 28, 6th 1, 4., Ulrich Jenisch, Bühlau, Auguste Miel, Hellerau, Günter Apfel 67, Ruth Berthold, Königsbrücke, Mühlstraße 2, Friedrich Taschner, Leibnitz, Mengstraße 11, part., Otto Gass, Helgolandsstraße 3, 4., Gustav Schmidt, Rubin, Wächterstraße, Irla, Henrichsstraße, Niederlößnitz, Heinrichstraße 14, Anna Hege, böhmische Straße 23, 3.

5. Kreis: Herr Brätschneider, Schützenplatz 7, part., Frau Gödia, Gambitiusstraße 16, 4., Ernst Frenzel, Leichsenstraße 9, 1., Frau Höpf, Rückertstraße 61, 4., Herr Straube, Hammelstraße 16, 4., Frau Daniel, Tettausmühle 21, 4., Herr See-

berger, Wallstraße 8, part., Frau Sperling, Oberseestraße 10, Peter Förster, Weißgerberstraße 18, 1., Frau Vogler, Ritterbergstraße 1a, Herr Herrlich, Lindenaustraße 12, 4., Frau Weisse, Waldstraße 39, 4., Herr Förster, Schönköpfchenstraße 25, 1., Margaretha, Lindenstraße 28, 3., Martha Müller, Eisenstraße 57, Margaretha, Streifener Straße 33, 1., Frau Jämer, Werderstraße 16, 4.

6. Kreis: Hedwig Gräbsch, Neu-Gruna, Traubestraße 12, part., Martha Hornus, Blasewitz, Dobitzer Straße 10, 2., Ida Lange, Gräfin, Wormser Straße 55, Georg Gieseler, Striesen, Glashausstraße 49, 3., Frau Jenker, Löbau, Roentgenstraße 12, 1., Frau Kürth, Löbau, Kronprinzenstraße 48, 3., Herr Gadysch, Dresden-Löbau, Lindenstraße 38, 3., Herr Raumann, Cotta, Unterforststraße 10, Frau Weigel, Cotta, Gottfried-Keller-Straße 12, 1., Frau Knoblauch, Cotta, Unterforststraße 14, 2., Frau Paul, Cotta, Kloppenstraße 3, 1., Frau Bloch, Cotta, Weidentalstraße 49, Herr Jannasch, Niedergörsdorf, Dammtorweg 13, Frau Werner, Niedergörsdorf, Brauereistraße 4., Frau Wagner, Oberseestraße 46G, Herr Stern, Potschappel, Lindenstraße 15, Frau Morgenstern, Potschappel, Lindenstraße 15, Frau Schneller, Potschappel,

Bindenstraße 16, part., Frau Reinert, Potschappel, Straße 45, Herr Böniß, Potschappel, Dresden-Löbau, Berger, Potschappel, Bismarckplatz 7, 3., Frau Blaum, Bittersee, Straße 10, Herr Effenberger, Bismarckstraße 8, Frau Möhrle, Bittersee, Dresden-Löbau, Frau Matwald, Bittersee, Bismarckstraße 4, part., Herr Göschl, Gunzenhainer Straße 1, Frau Behrman, Bismarckstraße 10, 2., Frau Häßler, Stein-Raumberg, Herr Richter, Deuben, Kreuzstraße 5, Frau Plenz, Schloßstraße 7, Frau Schröder, Deuben, Bergstraße 20, 2., Häuser, Wolfgang-Rauchlin, Wallstraße 47, 2., Frau Möhly-Rauchlin, Südfstraße 27, 3., Frau Verges, Rosenstraße 46G, Frau Rätscher, Niederschönfeld, Straße 46H, Herr Kunath, Weißgerberstraße 10c, Frau Thomawitz, Frau Winkler, Dresden, Weißgerberstraße 7, Schwerdtfeger, Dresden, Bettinestraße 8, 2., Albert Schlebaude, Grüner Weg 2, 1., Ida Johna, Burgwitz, Burgwitz 2a, Hermann Hindelzen, Untermar, Katja, Neudörfel Straße 7.

Beginn
November
23.
Sonnabend.

Weihnachts-Vorverkauf

Um für die Masseneingänge Weihnachtswaren Platz zu schaffen, biete ich in allen Abteilungen

Große Preis-Ermäßigung

Tausende Reste						Tausende Kleiderstoffreste
Hemden-Barchent 33 bunt u. weiß, Mtr. Pf.	Stangenleinen und Damaste prima Elsaea Qual. Bettlor. 55, Kissenschr. 55 Pf.	Bett-Linon Bettbreite 65 Kissensbreite, Meter 42 Pf.	Bunte Bettzeuge Bettbreite 70 Kissensbreite 45 Pf.	Bett-Inlette Bettbreite 1.00 Kissensbreite, Meter 65 Pf.		gedeckte Farben, für Kleider, Röcke, Blusen
Barchent-Betttücher 95 Stck. 2.65, 1.95, 1.40, Pf.	Gardinen 28 so. so. 28 Pf.	Gardinen 500 Künstler-Garnituren 500 Pf.	Zirka 20.000 Stück einzelne Handtücher 25 75, 50, 35, 25 Pf.	10-Meter-Coupons Renforcé u. Hemdentücher 650 500 400 360 Pf.	Bettuch-Dowlas	zirka 160 cm breit
Welt unter regularem Wert!	Tausende Roben Kleider-Stoffe prima Qualität, Preis per Meter 1.70 1.35 0.95	Tausende Coupons Seiden-Stoffe prima Qualitäten, in verschiedenen Längen, für Kleider und Blusen 1.75 1.45 1.10	Kostüm- und Mantelsstoffe 130 cm breit, Preis per Meter 4.00 2.70 1.3			

H. Zeimann, Webergasse 1, erste Etagen
Ecke Altmarkt.

Gute Weihnachtsbücher

Die Welt der Pflanze.

Von Dr. O. Gräfe.
Liebes Wissen und liebevolle Beschreibung haben sich hier mit poetischer Darstellung vereinigt, um das geheimnisvolle Leben der Pflanzenwelt während aller Erbevölkern dem Leser vorzuzeigen. **3 M.**

Die Riesen der Tierwelt.

Von Dr. Th. Zell.
Die Jagd auf die wilden Tiere wird hier ausführlich behandelt, und die padenden Schilderungen der Jagdbaden sowie die glänzenden Naturaufnahmen geben dem Buche den besonderen Reiz. **3 M.**

Aus fernen Welten.

Von Bruno G. Bürgel.
In die Wunderwelt des Sternenhimmels führt dieses Buch und erhebt den von Menschen überdeckten und übersehnen überwältigenden Himmel mit seinen unermeßlichen Weisen. **3 M.**

Meisterbuch der Erzählungen.

Von Dr. O. Gräfe.
Fast alle herausragenden Erzähler der Weltliteratur wie Dickens, Hebbel, Tolstoi, Björnson, Sjödahl, Strindberg, Peter Rosegger, Clara Viebig usw. sind hier vertreten. **3 M.**

Meisterbuch Deutscher Götter- u. Heldenlegenden.

Von Gustav Schaff.
Das Gesicht des Göttergeschlechts, die Leiben Gudrun, die Helden der Altbücher, und die Wunderwelt eines Paradies und Lohengrin werden hier geschildert. **3 M.**

Erfinder u. Erfindungen.

Von Dr. M. Neuburger.
Eine Geschichte der bedeutendsten Erfindungen: Schreibmaschine, Fahrrad, Postzettel, Glühlampe, drahtlose Telegraphie usw. verbunden mit einer padigen Schilderung der wechselseitigen Lebensschicksale ihrer Erfinder. **3 M.**

Schatzkammer.

Von Norbert Halt.
Eine Schatzkammer mit literarischen Edelstücken von Dante, Tolstoi, Poe, Dickens, Ibsen, Mörike, Reuter, Roszegger, Hauptmann, Clara Viebig, Lilienstein, Schröder, Wolzogen, Otto Ernst und von anderen. **3 M.**

Meisterbuch des Humors.

Von Norbert Halt.
Ein endloses Potpourri von Lustigkeit und Übermut aus den besten humoristischen Werken alter und neuer Zeit; Proben des Humors von Münchhausen, Busch, Raabe, Oberländer, Thoma, Bierbaum, Preußer, Gräfe v. Schlicht usw. **3 M.**

Die Eroberung der Erde.

Von Konrad Alberti-Gittenfeld.
Das Werk schildert die Entdeckung, Erforschung und Besiedlung unseres Erdes nach Berichten von Columbus, Livingstone, Stanley, Rüdig, Ranzen, Shackleton, Peary usw. **3 M.**

Ein humoristisch-satirisches Buch für die Arbeiterschaft!

Verchromenes Vor

Erzählungen und Satiren

von Robert Grötzsch.
Preis gut gebunden 1 Mk.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dr. Zwinglerstraße 12/14.

Potschappe

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie auf Parteiliteratur, Satiren, Prosausträge nimmt die

Frauenlob's Buch- und Papier-H

Dresdner Straße 44

Kaitz u. Um

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie auf Parteiliteratur nimmt entgegen

Hermann Drechsler, Reichs

Abnahme von Inseraten für die Dresdner Vol

Tharandt und Um

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie auf Parteiliteratur, Satiren und Prosausträge nimmt entgegen

Paul Friedler, Kreuzer Straße 14

Die Entwicklung der modernen Luftschiff-Technik in eingangsstellungen unter Mitarbeit erster Fachleute. Mit 300 Abbildungen und 10 Tafeln und Karton. Elegant gebunden.

Preis nur 3.50 Mark.

Böls-Buchhandlung, Dresden, Große Zwingerstraße 14.

Vierter Reichstags-Wahlkreis
**Vorstädte Mickten, Uebigau,
 Trachau und Kaditz**

Sonnabend den 23. November, abends 9 Uhr, im Saale des Restaurants "Gelbschlößchen", Kaditz

**3. Vortrag: Die Geschichte der bürgerl. Parteien
 Die Nationalliberalen**

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

D. V.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Bürolokal: Stettiner Straße 4, gegenüber dem "Goldenen Löwen".

Öffnungszeit: Montag bis 8-1 Uhr und 8-9 Uhr. Sonntag bis 7 Uhr. Telefon: 307 774.

Bezirk Nausslitz.

Zu der nächsten Sonntag den 24. November stattfindenden Flugblatt-Vorbreitung treffen sich die Genossen, die bisher in der Altstadt mit Mühe leisteten und das auch diesmal tun wollen, spätestens um 9½ Uhr im Ruhmanns Restaurant. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung hierzu und bemerken, daß alle für die Verbreitung in Nausslitz Beteiligten sich um 10 Uhr eingefunden haben.

Die Bezirksverwaltung.

Freie Turner von Reid und Umg.

Sonntag den 24. November, Anfang 7½ Uhr, im Gasthof zu Reid

Großer Unterhaltungsabend

Um recht zahlreiche Beteiligung bitten Der Turnrat.

Dramatischer Verein Mignon.

Sonntagnacht im Gasthof zu Colmnatsdorf

Oeffentl. Theater-Abend

Zur Aufführung gelangt zum ersten Male:

Der Erbförster. Schauspiel in 5 Aufzügen v. Ludwig

Anfang 7 Uhr.

Karten im Vorverkauf a 40 Pf. sind in den durch Plakate kennzeichneten Verkaufsstellen zu haben. Um zahlreichen Besuch bitten D. V. u. M. W.

Turnverein Poisenthal Niederhäslich

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.

Sonntag den 24. November 1912 (Sonntagnacht)

Großer Theater-Abend.

Ende 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 pf.

Zitherspieler

Welche gewillt sind, einem Verein beizutreten, finden freundliche Aufnahme in

Zitherverein Gut Klang, Potschappel.

Wiederholung jedes Mittwoch 7½ Uhr in der Löbtau, Potschappel.

Willy Rubach, Ecke Wallwitz- und Klingestr.

Restaurant zur guten Quelle

Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer Straße, Ecke Bünaustraße.

Sonnabend: **Gr. Schlachtfest.**

Abends 8 Uhr: Wurststück, f. Leber- und Grünwürste. Mittags Münchner Schlachtfüllsel. Später hochf. Blut- u. Leberwurst.

Hierzu haben ergebenheit ein Bruno Hahn und Frau.

Allgemein. Sächsischer Skatverein

Hotel Bürgersaal, Dresden-N. Große Brüdergasse 25

Gr. Skat-Kongress

Preis: 1000 M. 2. Preis: 800 M. 3. Preis: 650 M. usw.

Es wird noch an folgenden Tagen gespielt:

Sonnabend, den 23. Donnerstag, den 28. November und

Sonntag, den 1. Dezember, Anfang nachm. 2 Uhr.

Die Mitglieder werden höflichst erucht, noch recht zahlreich zu

seinem.

Der Vorstand.

Musenhalle

Zweiges Varieté u. Volkstheater des Westens.

Ab heute täglich 8 Uhr 10 Minuten

Ein Abenteuer im Harem

Große Ausstattungsurteile! Neu für hier!

Original-Prachtstühle und Dekorationen! Lichsfestett!

Die 6 Amazonen. Neues Repertoire.

Und der vorzügliche Solistenstall! Das Neueste!

In der Pause hervorragende Kinoseitenlagen. Das Neueste!

Dresdner Volkshaus.

Ritterbergstraße 2

Telephon 1425

Maxstraße 13

Sonntag den 24. November im grossen Saal:

Narciss

Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen von A. E. Brachvogel. Das Stück spielt teils in Paris teils in Versailles 1784 zur Zeit Ludwigs XIV.

Anfang 7 Uhr.

Eintritt mit Programm 30 Pf.

Kinder haben, da das Stück diesen unverständlich, keinen Zutritt.

Gasthof Goldenes Ei

Radebeul.

Totensonntag den 24. November

Großer Theater-

ausgeführt von dem Cello-

Gesine "Schwan".

Zur Aufführung gelangt

Der Erbförster

Staatspiel in 5 Akten u. O. S.

Zum ersten einer Geschicht-

erinnernden Stunde. - Eintritt 5

Eintritt 5%, Uhr. - Eintritt 5%

Hierzu bietet ergebenst ein

Heinrich Nowak

Eintritt 5%.

Reiters

Die beste Butter

Margarine „Aromin“. Aromin besteht aus den feinsten, mit frischer, süßer Vollmilch verbutterten Pflanzenfett, und so vorzüglich ist die Qualität dieses nach ganz neuem Verfahren hergestellten Produktes, daß selbst Fachleute sie bei einer Geschmacksprobe von feinstem Molkereibutter nicht unterscheiden konnten. Außerdem ist Aromin

um fast die Hälfte billiger

Wer uns auf einer Postkarte seine Adresse einsendet, erhält von uns sofort

eine Probe gratis

sollte es wenigstens probieren!

AROMIN - WERKE G. m. b. H. Berlin SW. 68

Generalvertreter: F. Meder, Theresienstrasse 10. Telephon 2617.

AROMIN ist stets frisch in folgendes Geschäften zu haben:

Klemens Henker, Produktionshandlung, Gutzkowstrasse 10
 Aug. Erler, Produktionshandlung, Uhlandstrasse 11
 Joh. Dietze, Produktionshandlung, Schäferstrasse 48
 Klemens Müller, Produktionshandlung, Moritzstrasse 20
 Gust. Ruhkopf, Kolonialwaren, Gneisenaustrasse 11, Ecke Feldherrenstrasse
 Emil Böhme Nachf., Inhaber: Bernh. Naumann, Kolonialwaren,
 Große Flaschenstrasse 32

Bernh. Schröder & Co., Kolonialwaren, Blasewitz
 Paul Naumann, Kolonialwaren, Blasewitz
 Wilh. Hielacher, Kolonialwaren, Blasewitz
 Max Hartmann, Kolonialwaren, Blasewitz
 Mangels & Trepte, Kolonialwaren, Blasewitz

Dresden-Altstadt:

Berthold F. Pietzsch, Kolonialwaren, Annenstrasse 30
 Max Görne, Kolonialwaren, Am Schießhaus 4
 Walter Schubert, Kolonialwaren, Ammonstrasse 42
 Moritz Leopold, Kolonialwaren und Produkte, Ammonstrasse 21
 Erich Ohndorf, Kolonialwaren, Augsburger Strasse 68
 Oskar Bechert, Kolonialwaren, Bamberger Str. 18, Ecke Chemnitzer Str.
 Martin Ranft, Kolonialwaren und Delikatessen, Blasewitzer Strasse 56
 Emil Sauer, Kolonialwaren, Eliasplatz 1
 Otto Bergeit, Kolonialwaren, Eliasstrasse 61
 Hugo Schönberg, Kolonialwaren, Freiberger Platz
 L. Klingenberger, Inh. Rich. Moschkau, Kolonialw., Freib. Pl. 19
 Franz Pretschner, Kolonialwaren, Friedrichstrasse 27
 Otto Simmang, Kolonialw. u. Produkten, Feldschlösschen-, Ecke Kurze Str.
 Eugen Hiemann, Kolonialwaren und Produkte, Fürstenstrasse 57
 Richard Günther, Kolonialwaren, Hühnerplatz 4
 Max Dalchow, Kolonialwaren, Kyffhäuserstrasse 2
 Willy Heinrich, Kolonialwaren, Markgraf-Heinrich-Strasse 37
 Karl Büttner, Kolonialwaren, Mittelstrasse 29b
 Paul Friebel, Kolonialwaren, Moosstrasse 18
 Ewald Thümmler, Kolonialwaren, Nöthnitzer Strasse 15
 Hermann Lehner, Kolonialwaren, Pfotenhauserstrasse 21
 Max Schumann, Kolonialwaren, Plauenscher Ring 10
 Max Puschke, Kolonialwaren, Ritterstrasse
 L. Hofmann, Kolonialwaren und Delikatessen, Schäferstrasse 45b
 G. F. Gallasch, Kolonialwaren und Delikatessen, Weisse Gasse 5
 Ernst Hessler, Kolonialwaren und Delikatessen, Wettinerstrasse 7
 Heinr. Hahn, Kolonialw. u. Delikatessen, Wintergartenstr. 57, Ecke Gerokstr.
 Hugo Schönberg, Kolonialwaren, Weisseritzstrasse 50
 Emil Hohlfeld, Produktenhandlung, Wölfnitzstrasse 1
 Paul Friebel, Kolonialwaren, Wartburgstrasse 39
 Heinrich Korn, Kolonialwaren, Wittenberger Strasse 71
 Max Herzog, Kolonialwaren, Ziegelstrasse 51
 Bruno Richter, Kolonialwaren, Wittenberger Strasse 47
 Bruno Klemm, Kolonialwaren, Bornbergstrasse 18
 Paul Zechaler, Kolonialwaren, Haydnstrasse 29
 Max Lehmann, Kolonialwaren, Vogelerstrasse 11
 Paul Uhlmann, Kolonialwaren, Augsburger Strasse 77
 Karl Fleischer, Produktenhandlung, Augsburger Strasse 82
 Herm. Ziller, Produktenhandlung, Cossebunder Strasse 2
 Ad. Kröher, Produktenhandlung, Kronprinzenstrasse 5
 Gust. Liehr, Produktenhandlung, Lübecker Strasse 2
 Ad. Hoffmann, Produktenhandlung, Röhrhofgasse 34
 Rich. Gerlach, Produktenhandlung, Franklinstrasse 2 und
 Strehler Strasse 13
 Wilhelmine Schmuck, Produktenhandlung, Gutzkowstrasse 8

Lebensmittel-Vertriebsgesellschaft G. m. b. H., Dresden, in deren sämtlichen Filialen:

Dresden-Dötzschen:

1. Filiale: Dresdenstrasse 10

Dresden-Altstadt:

2. Filiale: Markthalle Antonplatz, Stand 88—91

3. Filiale: Zwinglerstrasse 19

4. Filiale: Frauenstrasse 12

5. Filiale: Pfotenhauserstrasse 42

11. Filiale: Lindenaustrasse 29

13. Filiale: Schäferstrasse 49

15. Filiale: Schulgutstrasse 2, Ecke Holbeinplatz

Dresden-Sriesen:

7. Filiale: Dürerplatz 22

8. Filiale: Augsburger Strasse, Ecke Spenerstrasse

14. Filiale: Bornbergstrasse 28d

Dresden-Neustadt:

5. Filiale: Heinrichstrasse 2

6. Filiale: Hechtstrasse 38

10. Filiale: Alaustrasse 58

12. Filiale: Trachenberger Strasse 28

16. Filiale: Oechsler Strasse 27.

Uhren und Goldwaren



Gutgehende
Metall-Uhr 3⁹⁰



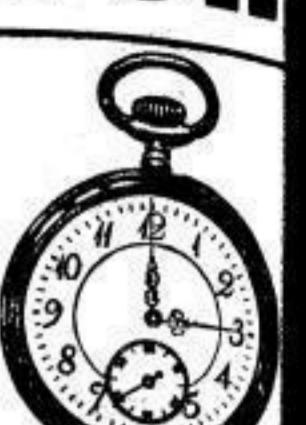
Echt Silber 5⁷⁵
6 Rubis, 2 Goldränder



Kavalier-Stahluhr 7⁵⁰
extra Nach



Echt Silber 10⁰⁰
10 Rubis, enorm billig



Anker-Uhr 15
echt Silber, 15 Rubis

Ringe
echt Gold
333 gestemp. v. 1.50 bis 1500 M.
2⁴⁰ M. Enorme Auswahl.

Preiswerte Brillant-Ringe
585 gestemp. 6⁵⁰ M. von 10 M. an.

Trauringe
echt Gold, neueste Form
50 Paar 1 bis 10 M.
goldplattierte 50 Paar 3 M.
Mehrjährige Garantie.
Dukatengold, 985/1000 fein, zirka 4 Gramm, St. 15 M.

Goldene Herren-Uhren

Glashütter und Schweizer Fabrikate, von 30 bis 1000 M.

Damen-Uhren

entzückende Neuheiten
Gold von 12 bis 500 M.
Silber von 6.50 bis 40 M.
Stahl von 5.50 bis 40 M.

Armband-Uhren

Gold Modern
Silber Tula

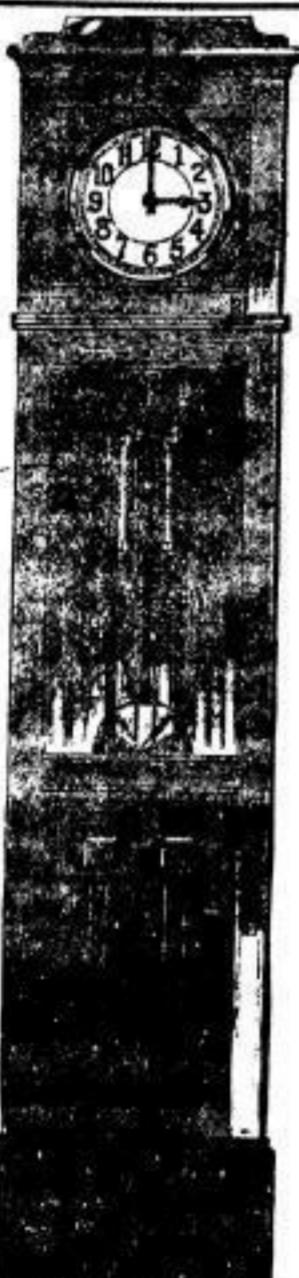
Uhrketten
Nickel von 25 Pt. an, Golddoublé von 2 M. an. Echt Silber von 2 M. an. Echt Gold von 20 M. an. Massiv gold. Panzerketten werden auch nach Gewicht verkauft Gr. 2.90 M.

Reizende Kollliers
beliebt. Schmuck, von 1.50 M. bis 300 M.
Dieses moderne Kollar kostet in Ja Gold-doublé 2⁵⁰ M. 3 Jahre Garantie.

Damen-Ketten
Golddoublé 2 bis 30 M. Echt Gold 20 bis 200 M. Echt Silber 2 bis 30 M.
Goldene Erbsketten in allen Stärken, von 60 M. an
Panzerketten in jeder Stärke von 40 bis 300 M., event. nach Gewicht.

Manschettenknöpfe
Gold-Doublé 1.50 M. an. Silber und T von 2.00 M. Echt Gold, 10 bis 200 M.
Zigarren-Etuis Echt Silber von 10 bis 20 Alp.-Silber von 3 bis 15 Silb. Damen-Taschen in all. Preis

Grosse Ausstellungs-Räume für Haus- und Wand-Uhren.



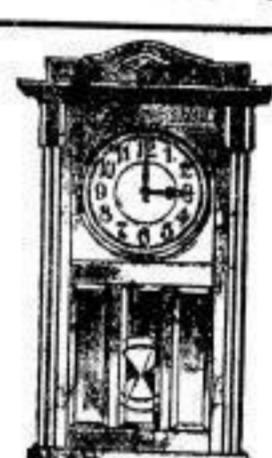
Mit herrlichem Gongschlag, 215 cm hoch, 5-Jahre Garantie 50 M.



Mit Schlagwerk Nussbaum furniert 14⁰⁰ M.



Moderne Wanduhr mit Schlagwerk . . . 12⁵⁰ M.



Mit Gongschlag Dieselbe m. geschliff. Facettgläsern 20 M. 16⁵⁰ M.



Mit 9 geschliff. Facettgläsern, voller Gong 10 M.

Treppehauer

Modernes Spezial-Geschäft für Uhren, Goldwaren, Juwelen

jetzt **3 Altmarkt 3** jetzt
im Hause des „Café Central“

Telephon 1875

(früher 1 Seestrasse 1).

§ 11 (Vermeidung der Doppelbesteuerung), § 15 (Grundsteuer) und § 16 (Unzulässigkeit der Erhebung von Kapitaleinnahmen zusammenfassenden Kirchengemeinden vom Jahre 1918 an) werden ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Zu § 17, wonach die Beschlussfassung über die Regelung der Kirchensteuern den Vertretungen der zur Kirchengemeinde gehörigen bürgerlichen Gemeinden nach Gehör der Kirchenvorstellung geschieht, entstellt eine längere Debatte, die sich aber lediglich darum dreht, ob dem Regierungsentwurf oder der Deputationsfassung der Vorzug zu geben ist. Schließlich gelangt der Paragraph nach der Regierungsvorlage zur Annahme.

Die §§ 18 bis 21 werden auch den Anträgen der Deputation angenommen.

Zu den §§ 22 bis 24, die von der Sonderstellung der Rittergüter handeln, beantragt die Deputation, alle drei Paragraphen zu streichen. Eine Minderheit der Deputation, bestehend aus den konserватiven Mitgliedern, beantragt die Wiederbeschaffung der Regierungsvorlage.

Kultusminister Dr. Bösl: Wenn die Rittergüter zu den Kirchenstellen in gleicher Weise beitragen sollen wie die übrigen Gemeindeangehörigen, so müssten die Besitzer der Rittergüter genau so wie die übrigen Mitglieder der Kirchengemeinde verantwor-tet werden. In sachlicher Beziehung liegt aber dazu kein Anlaß vor, die Verhältnisse für die eingelagerten Kirchengemeinden könnten sich dann sehr ungünstig gestalten. Die Auffassung, daß der jetzt gültige Maßstab eine Vorzugsstellung der Rittergüter mit sich bringt, ist nicht zutreffend. Der Minister erachtet um Abnahme des Minderheitsantrages.

Abg. Göpfer (natt.): Ich spricht im gleichen Sinne wie der Minister und fordert, daß die Rittergüter den Besitzwechselabgabenordnungen der Rittergüter unterstellt werden.

Abg. Schreiber (lons.): Die Sonderstellung der Rittergüter widerspricht dem Rechtsgefühl des Volkes. Redner befand aber, daß er mit dieser Stellungnahme in seiner Fraktion ziemlich allein stände.

Abg. Kleinheimpel (natt.): Ich erkläre, daß meine Parteifreunde für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen werden, was aber nicht aus Antimilitärisch gegen die Rittergütertheorie geschehe.

Abg. Opitz (lons.): Ich für die Sonderstellung der Rittergüter, weil mit den Vorträgen auch eine Vorbelastung verbunden sei, die man nicht aufnehmen sollte.

Abg. Klem (eos.): Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Vorträge der Rittergüter unter allen Umständen bestätigt werden müssen, und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit. Die exzentrischen Rittergüter sind Überlebensmittel aus einer Zeit, die in unserer heutigen modernen Zeit nicht mehr passen. Deshalb ist auch zu hoffen, daß die Nationalliberalen wenigstens in dieser Frage standhalten werden. Das Verhalten des Abg. Göpfer, in letzter Stunde noch einen Abänderungsantrag eingubringen, ist allerdings bezeichnend. Wir werden also für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen, also für die Deputationsanträge. Es ist auch dafür gesorgt, daß über diese Paragraphen in einem einzigen Abstimmung stattfindet. Das geschieht, weil bei den Nationalliberalen wieder einmal in einem Punkt zwei Meinungen bestehen.

Abg. Günther (Hortschr. Volksdp.) freut sich über die Stellungnahme des Abg. Schreiber und begrüßt den Antrag auf namentliche Abstimmung, weil damit die Stellungnahme des einzelnen Abgeordneten festgelegt wird.

Abg. Klem (eos.): Der Kultusminister hat die Privilegien der Rittergüter damit befehligt, daß es sich um ein historisches Recht handelt. Wenn dem aber so ist, dann ist die Sonderstellung der Rittergüter in der heutigen Zeit sehr recht unzureichend. Die Privilegien der Rittergüter gründen sich auf schwere Verpflichtungen, die früher auf den Rittergütern lasteten (Heeresfolge usw.). Die Wünsche der Rittergutsbesitzer sind längst geschwunden, was geblieben ist, sind lediglich deren Vorteile. Nur der historischen Betrachtung ergibt sich deshalb, daß diese Sonderrechte heute nicht mehr berechtigt sind. Redner widerspricht dann der Auffassung des Kultusministers, daß durch die Aufhebung der Sonderrechte der Rittergüter sich die Verhältnisse einer Anzahl Kirchen- und Schulgemeinden ungünstig gestalten werden; es handle sich nur um Mittelmäßigkeiten der Regierung. Sollte aber wirklich die eine oder andere Schulgemeinde benachteiligt werden, so kann die Regierung, da sie einmal bereit ist, 600 000 M. für die Ausfälle, die durch die Rücksichtnahme bedingbar ent-

stehen, zu opfern, doch hierzu bedürfen Schulgemeinden eine angemessene Weihilfe gewährten.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Abstimmung über die §§ 6, 7, 12, 13, 34, ebenso über die §§ 22 bis 24 auf morgen verlegt. Auch die Abstimmung über die §§ 26, 27 und 29 wird auf Freitag verschoben.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden, meist ohne Debatte, unverändert nach den Beschlüssen der Deputation angenommen. Das Gesetz soll am 1. Januar 1913 in Kraft treten.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung — abends 7½ Uhr — erledigt.

Das Kirchengesetz über den Haushalt der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden wird debatlos angenommen.

Es folgt das

Schulsteuergesetz

Das in seinen Bestimmungen meist mit denen des Kirchensteuergesetzes übereinstimmt.

Zu § 1 bemerkt der Rittergutsstatter Abg. Ritsche (Soz.), daß seine politischen Freunde dem Gesetzentwurf nur unter Vorbehalt stimmen, so wie die übrigen Mitglieder der Kirchengemeinde veranlaßt werden. In sachlicher Beziehung liegt aber dazu kein Anlaß vor, die Verhältnisse für die eingelagerten Kirchengemeinden könnten sich dann sehr ungünstig gestalten. Die Auffassung, daß der jetzt gültige Maßstab eine Vorzugsstellung der Rittergüter mit sich bringt, ist nicht zutreffend. Der Minister erachtet um Abnahme des Minderheitsantrages.

Abg. Göpfer (natt.): Ich spricht im gleichen Sinne wie der Minister und fordert, daß die Rittergüter den Besitzwechselabgabenordnungen der Rittergüter unterstellt werden.

Abg. Schreiber (lons.): Die Sonderstellung der Rittergüter wider-spricht dem Rechtsgefühl des Volkes. Redner befand aber, daß er mit dieser Stellungnahme in seiner Fraktion ziemlich allein stände.

Abg. Kleinheimpel (natt.): Ich erkläre, daß meine Parteifreunde für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen werden, was aber nicht aus Antimilitärisch gegen die Rittergütertheorie geschehe.

Abg. Opitz (lons.): Ich für die Sonderstellung der Rittergüter, weil mit den Vorträgen auch eine Vorbelastung verbunden sei, die man nicht aufnehmen sollte.

Abg. Klem (eos.): Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt,

dass die Vorträge der Rittergüter unter allen Umständen bestätigt werden müssen, und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit. Die exzentrischen Rittergüter sind Überlebensmittel aus einer Zeit, die in unserer heutigen modernen Zeit nicht mehr passen. Deshalb ist auch zu hoffen, daß die Nationalliberalen wenigstens in dieser Frage standhalten werden. Das Verhalten des Abg. Göpfer, in letzter Stunde noch einen Abänderungsantrag eingubringen, ist allerdings bezeichnend. Wir werden also für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen, also für die Deputationsanträge. Es ist auch dafür gesorgt, daß über diese Paragraphen in einem einzigen Abstimmung stattfindet. Das geschieht, weil bei den Nationalliberalen wieder einmal in einem Punkt zwei Meinungen bestehen.

Abg. Günther (Hortschr. Volksdp.) freut sich über die Stellungnahme des Abg. Schreiber und begrüßt den Antrag auf namentliche Abstimmung, weil damit die Stellungnahme des einzelnen Abgeordneten festgelegt wird.

Abg. Klem (eos.): Der Kultusminister hat die Privilegien der Rittergüter damit befehligt, daß es sich um ein historisches Recht handelt. Wenn dem aber so ist, dann ist die Sonderstellung der Rittergüter in der heutigen Zeit sehr recht unzureichend. Die Privilegien der Rittergüter gründen sich auf schwere Verpflichtungen, die früher auf den Rittergütern lasteten (Heeresfolge usw.). Die Wünsche der Rittergutsbesitzer sind längst geschwunden, was geblieben ist, sind lediglich deren Vorteile. Nur der historischen Betrachtung ergibt sich deshalb, daß diese Sonderrechte heute nicht mehr berechtigt sind. Redner widerspricht dann der Auffassung des Kultusministers, daß durch die Aufhebung der Sonderrechte der Rittergüter sich die Verhältnisse einer Anzahl Kirchen- und Schulgemeinden ungünstig gestalten werden; es handle sich nur um Mittelmäßigkeiten der Regierung. Sollte aber wirklich die eine oder andere Schulgemeinde benachteiligt werden, so kann die Regierung, da sie einmal bereit ist, 600 000 M. für die Ausfälle, die durch die Rücksichtnahme bedingbar ent-

stehen, zu opfern, doch hierzu bedürfen Schulgemeinden eine angemessene Weihilfe gewährten.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Abstimmung über die §§ 6, 7, 12, 13, 34, ebenso über die §§ 22 bis 24 auf morgen verlegt. Auch die Abstimmung über die §§ 26, 27 und 29 wird auf Freitag verschoben.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden, meist ohne Debatte, unverändert nach den Beschlüssen der Deputation angenommen. Das Gesetz soll am 1. Januar 1913 in Kraft treten.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung — abends 7½ Uhr — erledigt.

Das Kirchengesetz über den Haushalt der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden wird debatlos angenommen.

Es folgt das

Schulsteuergesetz

Das in seinen Bestimmungen meist mit denen des Kirchensteuergesetzes übereinstimmt.

Zu § 1 bemerkt der Rittergutsstatter Abg. Ritsche (Soz.), daß seine politischen Freunde dem Gesetzentwurf nur unter Vorbehalt stimmen, so wie die übrigen Mitglieder der Kirchengemeinde veranlaßt werden. In sachlicher Beziehung liegt aber dazu kein Anlaß vor, die Verhältnisse für die eingelagerten Kirchengemeinden könnten sich dann sehr ungünstig gestalten. Die Auffassung, daß der jetzt gültige Maßstab eine Vorzugsstellung der Rittergüter mit sich bringt, ist nicht zutreffend. Der Minister erachtet um Abnahme des Minderheitsantrages.

Abg. Göpfer (natt.): Ich spricht im gleichen Sinne wie der Minister und fordert, daß die Rittergüter den Besitzwechselabgabenordnungen der Rittergüter unterstellt werden.

Abg. Schreiber (lons.): Die Sonderstellung der Rittergüter wider-spricht dem Rechtsgefühl des Volkes. Redner befand aber, daß er mit dieser Stellungnahme in seiner Fraktion ziemlich allein stände.

Abg. Kleinheimpel (natt.): Ich erkläre, daß meine Parteifreunde für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen werden, was aber nicht aus Antimilitärisch gegen die Rittergütertheorie geschehe.

Abg. Opitz (lons.): Ich für die Sonderstellung der Rittergüter, weil mit den Vorträgen auch eine Vorbelastung verbunden sei, die man nicht aufnehmen sollte.

Abg. Klem (eos.): Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt,

dass die Vorträge der Rittergüter unter allen Umständen bestätigt werden müssen, und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit. Die exzentrischen Rittergüter sind Überlebensmittel aus einer Zeit, die in unserer heutigen modernen Zeit nicht mehr passen. Deshalb ist auch zu hoffen, daß die Nationalliberalen wenigstens in dieser Frage standhalten werden. Das Verhalten des Abg. Göpfer, in letzter Stunde noch einen Abänderungsantrag eingubringen, ist allerdings bezeichnend. Wir werden also für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen, also für die Deputationsanträge. Es ist auch dafür gesorgt, daß über diese Paragraphen in einem einzigen Abstimmung stattfindet. Das geschieht, weil bei den Nationalliberalen wieder einmal in einem Punkt zwei Meinungen bestehen.

Abg. Günther (Hortschr. Volksdp.) freut sich über die Stellungnahme des Abg. Schreiber und begrüßt den Antrag auf namentliche Abstimmung, weil damit die Stellungnahme des einzelnen Abgeordneten festgelegt wird.

Abg. Klem (eos.): Der Kultusminister hat die Privilegien der Rittergüter damit befehligt, daß es sich um ein historisches Recht handelt. Wenn dem aber so ist, dann ist die Sonderstellung der Rittergüter in der heutigen Zeit sehr recht unzureichend. Die Privilegien der Rittergüter gründen sich auf schwere Verpflichtungen, die früher auf den Rittergütern lasteten (Heeresfolge usw.). Die Wünsche der Rittergutsbesitzer sind längst geschwunden, was geblieben ist, sind lediglich deren Vorteile. Nur der historischen Betrachtung ergibt sich deshalb, daß diese Sonderrechte heute nicht mehr berechtigt sind. Redner widerspricht dann der Auffassung des Kultusministers, daß durch die Aufhebung der Sonderrechte der Rittergüter sich die Verhältnisse einer Anzahl Kirchen- und Schulgemeinden ungünstig gestalten werden; es handle sich nur um Mittelmäßigkeiten der Regierung. Sollte aber wirklich die eine oder andere Schulgemeinde benachteiligt werden, so kann die Regierung, da sie einmal bereit ist, 600 000 M. für die Ausfälle, die durch die Rücksichtnahme bedingbar ent-

stehen, zu opfern, doch hierzu bedürfen Schulgemeinden eine angemessene Weihilfe gewährten.

Es folgt das

Schulsteuergesetz

Das in seinen Bestimmungen meist mit denen des Kirchensteuergesetzes übereinstimmt.

Zu § 1 bemerkt der Rittergutsstatter Abg. Ritsche (Soz.), daß seine politischen Freunde dem Gesetzentwurf nur unter Vorbehalt stimmen, so wie die übrigen Mitglieder der Kirchengemeinde veranlaßt werden. In sachlicher Beziehung liegt aber dazu kein Anlaß vor, die Verhältnisse für die eingelagerten Kirchengemeinden könnten sich dann sehr ungünstig gestalten. Die Auffassung, daß der jetzt gültige Maßstab eine Vorzugsstellung der Rittergüter mit sich bringt, ist nicht zutreffend. Der Minister erachtet um Abnahme des Minderheitsantrages.

Abg. Göpfer (natt.): Ich spricht im gleichen Sinne wie der Minister und fordert, daß die Rittergüter den Besitzwechselabgabenordnungen der Rittergüter unterstellt werden.

Abg. Schreiber (lons.): Die Sonderstellung der Rittergüter wider-spricht dem Rechtsgefühl des Volkes. Redner befand aber, daß er mit dieser Stellungnahme in seiner Fraktion ziemlich allein stände.

Abg. Kleinheimpel (natt.): Ich erkläre, daß meine Parteifreunde für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen werden, was aber nicht aus Antimilitärisch gegen die Rittergütertheorie geschehe.

Abg. Opitz (lons.): Ich für die Sonderstellung der Rittergüter, weil mit den Vorträgen auch eine Vorbelastung verbunden sei, die man nicht aufnehmen sollte.

Abg. Klem (eos.): Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt,

dass die Vorträge der Rittergüter unter allen Umständen bestätigt werden müssen, und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit. Die exzentrischen Rittergüter sind Überlebensmittel aus einer Zeit, die in unserer heutigen modernen Zeit nicht mehr passen. Deshalb ist auch zu hoffen, daß die Nationalliberalen wenigstens in dieser Frage standhalten werden. Das Verhalten des Abg. Göpfer, in letzter Stunde noch einen Abänderungsantrag eingubringen, ist allerdings bezeichnend. Wir werden also für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen, also für die Deputationsanträge. Es ist auch dafür gesorgt, daß über diese Paragraphen in einem einzigen Abstimmung stattfindet. Das geschieht, weil bei den Nationalliberalen wieder einmal in einem Punkt zwei Meinungen bestehen.

Abg. Günther (Hortschr. Volksdp.) freut sich über die Stellungnahme des Abg. Schreiber und begrüßt den Antrag auf namentliche Abstimmung, weil damit die Stellungnahme des einzelnen Abgeordneten festgelegt wird.

Abg. Klem (eos.): Der Kultusminister hat die Privilegien der Rittergüter damit befehligt, daß es sich um ein historisches Recht handelt. Wenn dem aber so ist, dann ist die Sonderstellung der Rittergüter in der heutigen Zeit sehr recht unzureichend. Die Privilegien der Rittergüter gründen sich auf schwere Verpflichtungen, die früher auf den Rittergütern lasteten (Heeresfolge usw.). Die Wünsche der Rittergutsbesitzer sind längst geschwunden, was geblieben ist, sind lediglich deren Vorteile. Nur der historischen Betrachtung ergibt sich deshalb, daß diese Sonderrechte heute nicht mehr berechtigt sind. Redner widerspricht dann der Auffassung des Kultusministers, daß durch die Aufhebung der Sonderrechte der Rittergüter sich die Verhältnisse einer Anzahl Kirchen- und Schulgemeinden ungünstig gestalten werden; es handle sich nur um Mittelmäßigkeiten der Regierung. Sollte aber wirklich die eine oder andere Schulgemeinde benachteiligt werden, so kann die Regierung, da sie einmal bereit ist, 600 000 M. für die Ausfälle, die durch die Rücksichtnahme bedingbar ent-

stehen, zu opfern, doch hierzu bedürfen Schulgemeinden eine angemessene Weihilfe gewährten.

Es folgt das

Schulsteuergesetz

Das in seinen Bestimmungen meist mit denen des Kirchensteuergesetzes übereinstimmt.

Zu § 1 bemerkt der Rittergutsstatter Abg. Ritsche (Soz.), daß seine politischen Freunde dem Gesetzentwurf nur unter Vorbehalt stimmen, so wie die übrigen Mitglieder der Kirchengemeinde veranlaßt werden. In sachlicher Beziehung liegt aber dazu kein Anlaß vor, die Verhältnisse für die eingelagerten Kirchengemeinden könnten sich dann sehr ungünstig gestalten. Die Auffassung, daß der jetzt gültige Maßstab eine Vorzugsstellung der Rittergüter mit sich bringt, ist nicht zutreffend. Der Minister erachtet um Abnahme des Minderheitsantrages.

Abg. Göpfer (natt.): Ich spricht im gleichen Sinne wie der Minister und fordert, daß die Rittergüter den Besitzwechselabgabenordnungen der Rittergüter unterstellt werden.

Abg. Schreiber (lons.): Die Sonderstellung der Rittergüter wider-spricht dem Rechtsgefühl des Volkes. Redner befand aber, daß er mit dieser Stellungnahme in seiner Fraktion ziemlich allein stände.

Abg. Kleinheimpel (natt.): Ich erkläre, daß meine Parteifreunde für die Streichung der §§ 22 bis 24 stimmen werden, was aber nicht aus Antimilitärisch gegen die Rittergütertheorie geschehe.

Abg. Opitz (lons.): Ich für die Sonderstellung der Rittergüter, weil mit den Vorträgen auch eine Vorbelastung verbunden sei, die man nicht aufnehmen sollte.

Abg. Klem (eos.): Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt,

dass die Vorträge der Rittergüter unter allen Umständen bestätigt werden müssen, und zwar aus Gründen der Gerechtigkeit. Die exzentrischen Rittergüter sind Überlebensmittel aus einer Zeit, die in unserer heutigen modernen Zeit nicht mehr passen. Deshalb ist auch zu hoffen, daß die Nationalliberalen wenigstens in dieser Frage standhalten werden. Das Verhalten des Abg. Göpfer, in letzter Stunde noch einen Abänderungsantrag eingubringen, ist allerdings bezeichnend. Wir werden also für die Streichung der §§

Wirtschaftliche Arbeiterbewegung.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung als Kultursfalter.

Am Deutschen Metallarbeiterverband unter dem Vorsitzenden H. G. W. E. M. München über obiges Thema, die er interessante und weitreichende Verhandlungen vor zahlreichen Dresdner Bürgern hält. Auch die Buchdrucker hören am Dienstag den Vortrag. Der Redner, der es meistert, hat eine reichhaltige Materie bei gewissenhafter Sachlichkeit eine sehr populäre und ansprechende Form zu geben, die unmittelbar die immer kräftiger einsetzenden gewerkschaftlichen Interessen in modernem Sinne zu beeinflussen und vorwärts zu treiben.

Der Weltkrieg, weltgeschichtlichen Rücksicht gezeigt, der es ins Allgemeine unter Kultur verstanden wird, in allen noch vorhanden war, doch aber immer nur wenige, mit Reichsangehörigen Menschen Kulturgüter hatten, während die große Sache in der Barbarei stand. Wahre Kultur beginnt jedoch von den Massen so viel Macht hätten, um für die ganze Menschheit Kultus zu erlangen. Die Auslastung, diese Macht liege im eminenten Maße im gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterschaft, die im unausgesetzten, zähen Kampf einen entscheidenden Schritt mit kleinen und kleinsten Erfolgen nahm.

Vor 100 Jahren noch waren die Zeiten so ungünstig, daß die geringste Auslehnung gegen die mit Pulver und Blei abgeschlagenen, der leichten Versuchung mit Rad und Sägen verfolgt und die Bevölkerungsgruppen mit besonders hartem Martirium bedroht waren. Es im Parlament noch eine politische Bewegung. 50 Jahre später lössten die Massen politisch zu werden. Er sah in der politischen Macht, im parlamentarischen Kampf den Weg zur Befreiung der Arbeiterschaft, und als in den 60er Jahren einer Gewerkschaftsbewegung entstand, verwies er sie als Verrat an der Arbeiterschaft. Noch in den Anfangen des Allgemeinen deutschen Arbeiterverbandes der Gewerkschaftsdeutschland wegen ihrer Tätigkeit in diesem Jahrhundert. Karl Marx wollte die Gewerkschaften nur als Mittel für die politische Bewegung beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft unterstützen und vertrat die Gewerkschaften nicht.

Der Vorsitzende schreibt uns aus London vom 19. November: L. K. Das Haus der Lords hat als oberste Gerichtshinstanz gestern eine Entscheidung gebracht, die zwar keine neuen Rechtsgrundlage aufstellt, aber unter den gegenwärtigen Umständen dennoch Erwähnung verdient. Eine Buchdruckerfirma hatte die Gewerkschaft der Londoner Schriftsteller wegen Vertragsverletzung verklagt. Sie wurde von den unierten Instanzen abgewiesen, bis die Sache zu dem Haus der Lords kam. Dieses hat nun ebenfalls das abweisende Urteil bestätigt. In seiner Begründung sagte der Lordkanzler, daß nach dem klaren Wortlaut des Trade Disputes Act von 1906 Gewerkschaften nicht für Schadenerstattung beansprucht werden können. Vor der Einführung dieses Gesetzes war dies möglich, wie das Haus der Lords in seinem Tauff-Votum entschieden habe. Die Entscheidung darüber, ob das neue Gesetz weise sei, steht außerhalb der Kompetenz eines Gerichtshofes. Der Lordkanzler hofft, daß dieser Wint, der der Unternehmerseite gegen die Trade Disputes Act entgegenkommen soll, besser warten können.

merkte weiter, daß der Werkverein ganz in Händen des Krupp'schen Beamten Halbach liege und daß es der Vorstandmitglieder überhaupt nichts zu sagen hätte.

Der als Sachverständiger vernommene Redakteur der Sozialen Praxis, Privatdozent an der Berliner Universität, Dr. Zimmermann, sprach sich über die Werkvereine im Sinne des Belegschaftsvertrages aus. Herr Max Halbach erklärte, daß die Firma Krupp dem Verein anfänglich sehr geholfen habe. Er sei dann durch Zufall mit dem zweiten Vorsitzenden bekannt geworden, habe sich für die Sache interessiert, seine Firma über die Sache unterrichtet und sei nun der ehrliche Mitarbeiter zwischen der Firma und dem Verein. Nachdem der als Sachverständiger vernommene Sonditus des Förderungsausschusses der württembergischen Arbeiterbewegung, Scheid (Berlin), die Werkvereine zu reiten gejedelt, sam das Gericht unter Berufung des Schutzes des § 193 zu einer Verurteilung. Es lautete aufgeführt, daß der Verein für die Abhängigkeit der Werkvereine in keiner Weise erörtert sei.

Die Sache wird wahrscheinlich noch die Berufungsinstanz beschäftigen, da der Klagesteller zu Eingang der Verhandlung dem Kläger die Aktivlegitimation bestritten und gelöst gemacht hatte, daß die Ausführungen allgemein gegen die gelebte Bewegung und nicht gegen bestimmte Personen gerichtet seien. Aber auch ohne dies ist der Ausgang des Prozesses ein solder, mit dem alle Welt, nur nicht die Gelben und ihre Männer zufrieden sein können.

Päpstliche Enzyklika als Antistreitmittel.

Die päpstliche Denuntiaturordnung an die katholischen Arbeiterschaften wird schon von einem kleinen katholischen Unternehmer dazu benutzt, die Arbeiterschaft vom Streik fernzuhalten. Aus Wenden in Westfalen, wo seit Wochen die katholischen Metallarbeiter ausgesetzt sind, wird nämlich berichtet, daß ein katholischer Metallindustrieller die päpstliche Enzyklika in seinem Betriebe öffentlich angeschlagen ließ und unter Hinweis darauf seine Arbeit zur Bindunglosen Aufnahme der Arbeit aufforderte.

Ausland.

Die rechtliche Stellung der englischen Gewerkschaften.

Man schreibt uns aus London vom 19. November: L. K. Das Haus der Lords hat als oberste Gerichtshinstanz gestern eine Entscheidung gebracht, die zwar keine neuen Rechtsgrundlage aufstellt, aber unter den gegenwärtigen Umständen dennoch Erwähnung verdient. Eine Buchdruckerfirma hatte die Gewerkschaft der Londoner Schriftsteller wegen Vertragsverletzung verklagt. Sie wurde von den unierten Instanzen abgewiesen, bis die Sache zu dem Haus der Lords kam. Dieses hat nun ebenfalls das abweisende Urteil bestätigt. In seiner Begründung sagte der Lordkanzler, daß nach dem klaren Wortlaut des Trade Disputes Act von 1906 Gewerkschaften nicht für Schadenerstattung beansprucht werden können. Vor der Einführung dieses Gesetzes war dies möglich, wie das Haus der Lords in seinem Tauff-Votum entschieden habe. Die Entscheidung darüber, ob das neue Gesetz weise sei, steht außerhalb der Kompetenz eines Gerichtshofes. Der Lordkanzler hofft, daß dieser Wint, der der Unternehmerseite gegen die Trade Disputes Act entgegenkommen soll, besser warten können.

Das Ende des Mailänder Buchdruckerstreits.

i. e. Am Dienstag haben die Mailänder Buchdrucker, die am 18. Oktober in den Ausstand getreten waren, die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Unternehmer den neuen Tarifvertrag an-

Neues aus aller Welt.

Ein verhängnisvoller Traum.

Eine furchtbare Tragödie spielte sich jüngst in einem Schlafwagenabteil des von Pittsburgh nach New York fahrenden Nachtwagens ab. In dem einen Schlafwagen hatten die Gattin des Hotelbesitzers Myers und ihre Tochter Gladys die Bettdecke belegt und sich kurz nach Absatz auch zur Ruhe gegeben. Um 5½ Uhr morgens hörte ein Reisender im Nachtwagen plötzlich einen Schuß, öffnete die Tür seines Abteils und sah nebenan Frau Myers in ihrem Nachtwagen am Boden liegen, während die Tochter in fassungsloser Verzweiflung, den Revolver in der Hand, daneben stand und nur immerfort schrie: „Ich habe meine Mutter erschossen, ich habe meine Mutter erschossen!“ Die Untersuchung ergab dann die Einzelheiten dieser Tragödie im Schlafwagen. Miss Gladys Myers war ein sehr nervöses Temperament und hatte eine besondere Angst vor Eisenbahnenfahrten im Schlafwagen. Noch vor der Abreise hatte sie darauf bestanden, sich einen Revolver zu kaufen, da sie sich ohne eine Waffe und ohne Schutz allein mit ihrer Mutter zu Tode ängstigen würde. Die Mutter hatte anfangs widerprochen, dann aber lächelnd und achselzuckend den Kauf der Waffe zugelassen. Die Tochter schlief in dem unteren und die Mutter in dem oberen Bett. Am Morgen wachte die Tochter auf, als die Mutter von ihrem Lager herstieg und sich anzuleiden begann. Gladys schlief dann wieder ein und hatte nun einen furchtbaren Traum: sie glaubte zu fühlen, wie ein Einbrecher sie am Hals würgte. Mit einem halbgestreckten Schrei rückte sie sich auf, bemerkte im Halbdunkel, wie die Vorhänge an ihrem Bett zurückgezogen wurden und, noch ganz im Banne ihres Traumes, vergaß sie, daß die Mutter schon aufgestanden war. Sie riß den Revolver unter ihrem Kopftuch hervor und gab blindlings Schüsse. Im Treppenhaus stand die Frau Myers, bewußtlos war, ins Krankenhaus, wo sie zwei Stunden nach ihrer Entfernung starb. Die Tochter, die ihre Mutter zärtlich gesiebt hat, ist völlig gebrochen.

Liebedragödie.

Berlin, 21. November. Der Doppelselbstmord eines Liebespaars ereignete am Vortag in Köpenick großes Aufsehen. Es

handelt sich um den 19 Jahre alten Handlungsgesellen Walter Rohrbach, den Sohn eines Stadtverordneten, und das 18jährige Dienstmädchen Helene Altenfeld. Zwischen beiden besteht seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis, das die Eltern des jungen Rohrbach nicht dulben wollten. Das Liebespaar beschloß darauf, sich das Leben zu nehmen. Rohrbach nahm gestern von dem jungen Mädchen Abschied und ging nach seiner Wohnung. Dort wartete er, bis seine Eltern fortgegangen waren und erschöpft sich dann. Das im Nebenhause in Stellung befindliche Mädchen hatte auf die Detonation des Schusses gewartet; sie nahm Gift, als sie den Knall hörte. Rohrbach war sofort tot, das Mädchen wurde in deinem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Berlehrungslück im Unterengadin.

Innsbruck, 21. November. Am Unterengadin straute an der italienisch-schweizerischen Grenze der Postomnibus aus Schwaz über eine steile Geröllhalde 150 Meter ab. Ein Passagier wurde während des Absturzes aus dem Postomnibus geschleudert und kam mit leichteren Verletzungen davon. Eine Dame erlitt einen komplizierten Schädel-, Schulterblatt- und Schlüsselbeinbruch und liegt im Spital in Schwaz knappunglos daneben. Die Schulden an dem Unfall soll den Postomnibus treffen, der tot ist.

Ein Schnellzug von Südtirolen überfallen.

Tirolerino-Siam, 21. November. Auf der Katharinabahn hielt ein Räuber gestern nach durch ein falsches Signal einen Schnellzug an und raubte 30 Passagieren Geld und Wertgegenstände. Ein Bahnhofswärter und ein Oberkontrollleur wurden verwundet.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

am 21. November 1912 zu Dresden.

Schlachtvieh-gattung und -züchtung	Kategorie	Marktpreis für 50 kg Schaf- / Kalb- / Schweinengewicht
I. Rinder		
A. Ochsen	1. Vollfleischige, ausgemästete höchst. Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	52-58 94-98
20	2. Junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	44-48 86-90
	3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere	38-42 80-84
	4. Gering genährte jeden Alters	— —
B. Küulen	1. Vollfleischige, ausgemästete, höchst. Schlachtwertes	50-53 90-98
38	2. vollfleischige jüngere	46-49 86-89
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	40-44 79-85
	4. Gering genährte	— —
C. Kalben u. Kühe	1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes	48-51 88-96
38	2. Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren	48-46 82-87
	3. Weitere ausgemästete Kühe und gut entwidmete jüngere Kühe und Kalben	38-42 77-81
	4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	36-37 76-78
D. Schafe	5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	— —
—	Gering genährtes Jungvieh im Alter von 8 Monaten bis zu 1 Jahre	— —
II. Schäler	1. Doppelzüchter	85-95 115-125
914	2. Beste Woll- und Saugfähiger	65-67 108-119
	3. Mittlere Woll- u. gute Saugfähiger	58-62 104-115
	4. Geringe Schäler	50-56 92-98
III. Schafe	1. Wolllämmere u. jüng. Rasthammel	46-48 96-100
37	2. Mittlere Wollhammel	39-41 85-87
	3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Merkschafe)	30-34 84-76
IV. Schweine	1. Vollfleischige der feineren Rassen und der Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren	68-65 85-87
2827	2. Fettige Schweine	67-69 87-90
	3. Fleischige	60-62 80-82
	4. Gering entwidmete	56-58 76-78
	5. Sauen und Eber	58-63 78-82

Gesamtauftrieb: 3872 Tiere. Ausnahmepreise über Rotis. — Geschäftsgang: Bei Kalbern langsam, bei Schweinen schlecht. Lieberstand: Kinder 75 (davon Ochsen 14, Küulen 31, Kühe 31), Schafe 12, Schweine 108.

Victoria-Salon.

Olga Desmond, die gefeierte Tanzkünstlerin

Der vortreffliche Komiker Haskel mit Ensemble usw.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.

Theater-Tunnel: Ensemble Büttner. Anfang 4,8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Nur eine Qualität — die beste —

fabrizieren wir unter der Marke

Sanella

Mandelmilch-Pflanzen-Butter-Margarine.

Nur echt mit dem Namenszuge des Erfinders Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Oskar Liebreich.

Liebreich

Nachahmungen weise man zurück!

Sana-Gesellschaft m. b. H.
Cleve.

Schnee-Stoff

zur Schaufensterdekoration. Blendeinheitlich mit feiner Glitter-Musterung. Breite, ca. 80:160 cm Breit, per Meter 1.30 x 2.40 M.

Flimmer-Watte in Tafeln, das Stück 50 Pf., Größe ca. 60:120 cm, zweifellige Flimmer-Musterung zum teilen.

Imprägnierte schneeweisse Watte vollständig. Sammelmischer, 100-gr.-Padet 30 Pf., 1 kg 2.50 M.

Sämtliche Watte zu industriellen u. Anwendungszwecken

Spez.: Verbandswatte u. Schafwolle

Zellulose, gebleicht u. färbig, in 25 Pf. kg v. 90 Pf. an

Ca. 500 Dtzd. Kinderwagen- u. Puppen-

decken, Hand- und Maschinenarbeit, in allen Größen und

Anfertigen v. Steppdecken aus Woll-

abfällen. Beste Qualität für Daunendecken. Nur Hand-

arbeit. Von 6.00 M. an.

Ferd. Ed. Hänel, Watt- u. Steppdeckenfabrik

Mühlgrächen 4, Kanalgasse 1 n. 12, Rieselsche Str. 10, L.

Gegründet 1868 Rieselsche Str. 17 Fernspr. 9827

Jedermann erhält Kredit!
Anzüge Paletots

Serie I M. 18.— 3.—	Anzahlung 3.—
Serie II M. 20.— 5.—	Anzahlung 5.—
Serie III M. 20.— 6.—	Anzahlung 6.—
Serie IV M. 28.— 7.—	Anzahlung 7.—
Serie V M. 45.— 10.—	Anzahlung 10.—

Damen- u. Kinder-Jacketts u. Mäntel	Möbel
Serie I M. 10.— 2.—	für 1 Zimmer Anzahlung 10.—
Serie II M. 15.— 3.—	für 2 Zimmer Anzahlung 15.—
Serie III M. 20.— 4.—	für 3 Zimmer Anzahlung 20.— usw.
Serie IV M. 28.— 5.—	Einzelne Möbel!

Wochen-Rate 1 Mark an.

Möbel- und Warenhaus
Merkur
Scheffelstraße 28, I.

Beamte und alte Kunden ohne Anzahlung.

Wir empfehlen
Das Menschen Schlachthaus

Billiger vom kommenden Krieg von Wilhelm Sander

Preis 1 Mark

Ein Landwirbtmann, der von Haus und Familie weiß, während den Krieg, wie er sein wird. So nach und mehr hat uns noch niemand den Krieg, das Schlachthaus der Freiheit, vor Augen gestellt.

Zu Besichtigen durch die

Vollbüchhandlung, Große Zwingerstraße 14.

Bei der heutigen teureren Zeit

Es ist eine wirtschaftliche Rettungsnotwendigkeit, jeden reellen Bedarf wahrzunehmen. Daher empfiehlt es sich, unter großem Eager in

Monats-Garderoben

von feinsten Herrschaften wenig getragene oder verliehen gewesene sowie Gelegenheitskleider in eleganter neuer Garderobe zu beschaffen, aus welcher Sie bei nächster Prüfung ersehen werden, daß wir Ihnen bei konkurrenzlos billigen Preisen und garantierter reeller Ware unbedingt Vorteile bieten, z.B. Ulster, Paletots, Anzüge in den neuesten englischen Farben von 10—40 M. sowie große Auswahl in eleganten Hosen, Joppen, Jackets, Westen. Gesellschafts-Anzüge werden billig verliehen und verkauft.

Beachten Sie daher in Ihrem eigenen Interesse

unter sehr günstigem Angebot und kaufen Sie nirgends anders, bevor Sie nicht unsere Preise mit den bisher von Ihnen gezahlten verglichen haben.

Verleih- u. Verkaufshaus

10, I. Etage Trompeterstrasse 10, I. Etage

Trompeterstr., nächst der Prager Str.

Wollen Sie?

gute, wenig getragene sowie auch neue

Herren- u. Damenkleider

vorteilhaft billig kaufen,

bemühen Sie sich vertrauens-

voll nur in das

I. Dresdner Sp. - Kinder-Magazin

Töpler, 1, I. Etg.

Grosser Gelegenheitskauf

Felzhosen u. Mütze

Herren- u. Damen-Ulster.

Mitgli. d. A. - R. - B. „Solidarität“.

Alles erhalten Sie in prima Qualität

Brauchen Sie ?

Damen-Kostüme Herren-Anzüge
Damen-Mäntel Herren-Ulster
Damen-Jacketts Gehrock-Anzüge
Kostüm-Röcke Jackets, Hosen

Alles erhalten Sie in prima Qualität

Auf Kredit
zu bequemen Teilzahlungen

Ebenso Möbel und Polsterwaren, Schuh- u. Manufakturwaren, Bett- u. Leibwäsche usw. im Möbel-Kredit- und Warenhaus

Seitz & Co.

Terrassenstr. 8, a. d. Carolabrücke

Telephon 17564

Vorstadt Cotta.

Bestellungen auf die Volkszeitung, Wahren Jakob, Grete Stunden. Neue Seite sowie alte Partei- und Hochliteratur nimmt entgegen. Naumanns Buch- und Papierhandlung, Grillparzer Straße 13. — Interessen-Annahme.

Das Geheimnis

unseres Erfolges und der Grund, weshalb unsere Kunden stets wieder bei uns kaufen, ist höchst Eleganz und Billigkeit die Tatsache, dass wir die Herren-Garderobe, getragen von den feinsten Herrschaften

nur chemisch gereinigt

verkaufen. Chemisch gereinigte Garderobe ist sauber, hygienisch einwandfrei und verwirkt ganz die Vorstellung, dass andere die Sachen schon angehabt. Wir empfehlen solche, wie auch neue moderne Garderobe, z. B. gereinigte

Maass-Anzüge 10M., 15M., 20M. usw.
Maass-Paletots 8M., 14M., 18M. usw.

Blitz, Chem. Reinig.-Anstalt

Dresden, Schlossstrasse 4

— Ein Leder — gleich eines Gold-Cent aus Eisen.

Eines Geschäft dieser Art am Platze.

Auf Kredit!

Staunend — **billig** —

erhalten Sie

Gr. Brüdergasse 16, L.

bei kleiner Anzahlung und nur 1 Mark wöchentlicher Teilzahlung die elegantesten

Anzüge, Paletots,

Ulster, Peterinen,

Joppen sowie Hosen

:= und Westen :=

Desgl. große Auswahl in

Kostümen, Röcken

Paletots u. Blusen

auf Wunsch Fertigung

auch nach Maß mit Empfehlung.

Weichhaltiges Lager in

Herren-, Damen- und

Kinderzubehör.

Kein Leder

sofortschnell, Cott.

Modest., Pflicht-

schnellster Anzahl-

ung, auch solo

kl. Weckhälften, Bot-

und Lüderstoff:

Gardinen, abgerund-

Kinatang. u. von

Stores und Vorh.

Deckenstücke und

tieren in Tuch, Fl.

und Leinen ::

Stepp- u. Schleif-

! zu wirklich schne-

billigen Preisen.

Karl Blau

1 Serrestraße 1

bis-a-bis der Ortskr.-Raff.